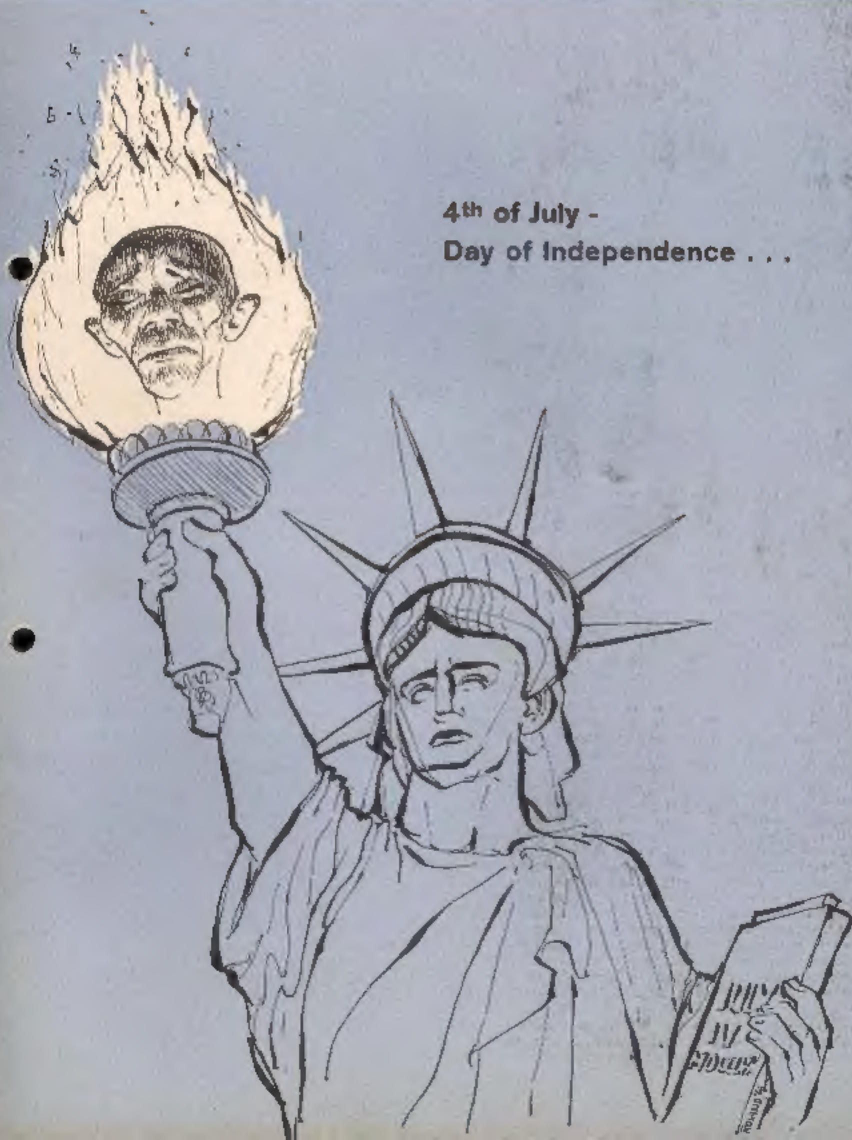
auditOrium

Juli 1966

Nr. 42



Der Vietnamesische Krieg

Von Jürgen Harrer

„Die Massen Europas müssen sich darüber klar werden, daß sie sich in den kolonialen Fragen oft, allzuoft mit unseren gemeinsamen Herren verbündet haben. Heute müssen sie sich entscheiden, sie müssen aufwachen, zu einem neuen Bewußtsein kommen und ihren verantwortungslosen Dornröschenschlaf ein für allemal aufgeben."

Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde.

Das Genfer Abkommen

Als im Jahre 1954 die französische Kolonialmacht in Indochina endgültig besiegt war, wurde in Genf zwischen 13 Mächten ein Abkommen geschlossen, das einen fast 10jährigen Krieg beenden sollte. Die wichtigsten Punkte dieses Abkommens waren:

a) Das Verbot, Waffen und Truppen nach Vietnam einzuführen.

b) Das Verbot, neue militärische Stützpunkte zu schaffen.

c) Das Verbot, die Teile Vietnams in militärische Bündnisse einzugliedern.

d) Die Teilung Vietnams am 17. Breitengrad. Dies sollte nur eine militärische, aber keine politische Teilung sein.

e) Freie Wahlen und eine Volksabstimmung in ganz Vietnam bis spätestens Juli 1956. Diese Wahlen sollten Vietnam wieder vereinen und gleichzeitig über den künftigen Status des wiedervereinigten Vietnam entscheiden.

Über die Erfüllung des Abkommens, einschließlich der Wahlen, sollte eine internationale Kontrollkommission wachen. Diese bestand aus Indien, Kanada und Polen. Die USA hatten dieses Abkommen nicht unterzeichnet, doch erklärten sie, nichts zu unternehmen, um seine Verwirklichung zu verhindern.

Doch bereits am 6. September 1954, zwei Monate nach der Genfer Konferenz, wurde das Abkommen zum ersten Male von den USA gebrochen. In Manila wurde der Süd-Ost-Asien-Pakt, die SEATO, gegründet. Trotz der Proteste der laotischen und kambodschanischen Regierungen wurden Südvietnam, Laos und Kambodscha in den „Schutzbereich" dieses Paktes einbezogen. Nochmals zwei Monate später erklärte der Sonderbotschafter des US-Präsidenten in Saigon, General Collins, die USA beabsichtigten, die Ausbildung der südvietnamesischen Armee in die Hände zu nehmen, und zwei weitere Monate später, im Februar 1955, fuhr eine amerikanische Militärmission nach Saigon. US-General O'Daniel erhielt die volle Verantwortung für die Ausbildung und die Organisation der südvietnamesischen Armee. Die internationale Kontrollkommission protestierte mehrmals vergeblich gegen diese Verletzung des Genfer Abkommens.

Am 20. Juli 1955 sollten Hanoi und Saigon Beratungen aufnehmen, um die Wahlen vorzubereiten. Drei Tage vor diesem Datum erklärte der schon von den Franzosen eingesetzte südvietnamesische Ministerpräsident Diem, es käme nicht in Frage, mit Hanoi über die Wahlen zu verhandeln. Demgegenüber schlug die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) zwischen 1955 und 1958 fünfmal vor, die Wahlen vorzubereiten, den Handel auszuweiten und die Truppenbestände herabzusetzen. Diem hat auf diese Vorschläge nie geantwortet.

Das Diemregime

Der Grund für dieses Verhalten ist sehr einfach. Ngo Dinh Diem, Repräsentant der feudalen Oberschicht, hatte so gut wie keinen Rückhalt im Volk. „Seine soziale Basis ist schmal: die in Vietnam bestimmenden Schichten, Bauernschaft und Intelligenz, gehören nicht zur Anhängerschaft Ngo Dinh Diems."[1]) Er stützte sich auf die feudalen Großgrundbesitzer und Mandarine aus Zentralvietnam und auf die militärisch straff organisierte katholische Minderheit. Alle vermeintlichen und wirklichen innenpolitischen Gegner wurden ausgeschaltet. Viele von ihnen wurden in Konzentrationslager gesperrt. Nach „Le Monde" befanden sich zeitweise bis zu 500 000 Personen in diesen „Umerziehungslagern". Im Dezember 1958 wurden in dem KZ von Phu Loi über 1000 Häftlinge vergiftet. Die Kontrollkommission untersuchte den Vorfall und stellte einwandfrei fest, daß die vergifteten „kommunistischen Banditen" Professoren aus Saigon, Cholon und Hue waren. Ihre Kritik an Diem hatte sie das Leben gekostet.[2])

Dieser politische und religiöse Terror war die notwendige Folge der ökonomischen Unterdrückung der armen Bauernmassen. Er machte selbst vor den herrschenden Schichten nicht halt. So zerstörte Diem seine eigene, ohnehin schon schmale gesellschaftliche Basis. Seit seinem Sturz befindet sich das europäisierte Mandarinat in gesellschaftlicher Auflösung. Der Unterdrückungsapparat, die Armee, hat sich verselbständigt und die politische Macht an sich gerissen. Hatte Diem noch eine schmale Basis in der Bevölkerung, so fehlt den Militärs selbst diese. Ihnen bleibt als einziger Rückhalt eine Armee, die aus zahlreichen sich befehdenden Cliquen besteht. Hier geht es nur noch um persönliche Macht und Bereicherung. Ein politisches Programm kennen diese Leute nicht — außer dem der Fortsetzung des Krieges.

Das Wesen des Krieges

Der westlichen Propaganda zufolge handelt es sich beim gegenwärtigen zweiten Indochinakrieg um eine kommunistische Aggression gegen den „demokratischen" Süden Vietnams. Diese Propaganda zeichnet sich ebenso durch ihre Naivität wie durch ihre Abstraktheit aus. Die sozialökonomischen Verhältnisse Südvietnams übergeht sie mit pietätvollem Schweigen.

„In Südvietnam kämpfen nordvietnamesische Truppen und eingeschleuste Partisanen, sie terrorisieren die Bevölkerung und zwingen sie zum Widerstand gegen die Regierung."

Während des ersten Indochinakrieges gegen die französische Kolonialherrschaft hatte die Nationale Unabhängigkeitsfront Vietminh in den befreiten Gebieten den feudalen Grundbesitz aufgehoben und das Land an die landlosen und landarmen Bauern verteilt. Der Rückzug der Volksarmee nach Nordvietnam, wie er im Genfer Abkommen vereinbart worden war, und die Etablierung der Regierung Diem brachten die Rückkehr der feudalen Grundherren und die Restauration der alten Sozialstruktur auf dem Lande. Die Bauern wurden wieder zu landlosen Pächtern. Außerdem wurden sie mit Hilfe der Armee gezwungen, den Pachtzins aus der Zeit der Vietminh-Herrschaft nachzuzahlen. Heute befinden sich wieder 45 Prozent der Reisanbaufläche im Besitz von 2 Prozent der Bevölkerung.[3])

Als die Bauern sich gegen diesen Refeudalisierungsprozeß zur Wehr setzen, wurden sie aus ihren Dörfern vertrieben und unter militärischem Zwang in sogenannten Agro-Städten, den Vorläufern der strategischen Dörfer, zusammengefaßt. Als Reaktion auf diese gesellschaftlichen Verhältnisse beginnt der Kampf der Nationalen Befreiungsfront. Selbst „Christ und Welt" mußte zugeben: „Nach dem Abzug der Franzosen 1954 setzte eine Rückwanderung von Großgrundbesitzern ein, die sich den Kriegswirren durch zeitweilige Emigration nach Europa oder Saigon entzogen hatten. Gestützt auf die Regierung Diem ergriffen sie von ihren verlassenen Ländereien Besitz, verlangten die Wiederaufnahme der Pachtzahlungen und Nachzahlungen, die bis auf acht Jahre zurückgingen. Die Bauern, die nicht wußten, woher sie das Geld nehmen sollten, brauchten von den Vietcong nicht lange überzeugt zu werden."[4])

„Vietnam ist ein Beispiel für die kommunistische Weltverschwörung"

Angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse in Südvietnam enthüllt sich die Funktion dieser These: Sie soll verschleiern, daß eine sozialrevolutionäre Bewegung wie die Nationale Befreiungsfront Südvietnams überhaupt erst auf der Grundlage der oben geschilderten ökonomischen, sozialen und politischen Unterdrückung der Bevölkerung möglich wird.

Es ist absurd, anzunehmen, wie es die Verteidiger dieses Krieges tun, eine Bevölkerung könne durch den Terror einer Partisanenminderheit und gegen ihre ureigensten Interessen gezwungen werden, dem mächtigsten Militärapparat der Welt einen solch wirksamen Widerstand zu leisten, wie dies die südvietnamesische Landbevölkerung seit Jahren tut. In den schon befreiten Gebieten hat die Befreiungsfront die Landreform durchgesetzt, in Nordvietnam wurde sie schon 1957 beendet. Deshalb unterstützen, auch nach Angaben der CIA, 80 Prozent der Landbevölkerung die Nationale Befreiungsfront.[5]) Dies allein erklärt die Erfolge der mit unzulänglichen militärischen Mitteln ausgestatteten Partisanen.

Der vietnamesische Krieg ist also in Wirklichkeit ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der Bevölkerung.

Die überholte und ungerechte Sozialstruktur des Landes wird von der Saigoner Regierung und ihrem Verbündeten, den USA, mit Gewalt aufrechterhalten. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit friedlichen Mitteln ist ausgeschlossen, denn die Bevölkerung hat keinerlei Möglichkeit, ihren politischen Willen unter dem herrschenden Regime auszudrücken. Die jüngsten Vorfälle in den großen Städten beweisen es. Ky ist nicht einmal gewillt, solche Wahlen zuzulassen, an denen sich die Befreiungsfront nicht beteiligen könnte. Die USA aber können ihn nicht zwingen, denn er und seine Clique sind ihre einzigen zuverlässigen Verbündeten in Vietnam. Gewaltverzicht von seiten der Befreiungsfront aber würde den Verzicht auf die Änderung schreiendsten Unrechts bedeuten.

„In Vietnam wird um die Freiheit und Demokratie gekämpft."

Diese These der westlichen Propaganda ist richtig. Allerdings in einem anderen Sinne als sie es meint.

Die sozialen und politischen Verhältnisse Südvietnams können nur mit Gewalt verändert werden. Die „revolutionäre Gewalt" der Nationalen Befreiungsfront kann — wie Herbert Marcuse es ausdrückt — bestimmt werden als „Gegengewalt", „notwendig, um höhere Formen der Freiheit gegen den Widerstand der etablierten Formen zu sichern" oder als das historische „Recht dessen, was sein kann, und vielleicht sein sollte, weil es Schmerz, Elend und Ungerechtigkeit verringern kann."[6]) In Vietnam aber bedeutet Freiheit — ähnlich wie in allen Ländern der Dritten Welt — in allererster Linie Freiheit von Hunger, Krankheit und Ausbeutung.

„... daß endlich die jetzt gegen ihr Volk und ihre Regierung gerichteten Gewalt- und Terroraktionen von außen her durch die Behörden in Hanoi unterstützt und geleitet werden."

Kennedy an Diem.

Bei dieser Behauptung stützte sich Kennedy auf Berichte desselben Geheimdienstes, der auch glaubwürdige Unterlagen dafür hatte, daß die kubanische Bevölkerung nur auf die Befreiung vom Joch Castros durch die einzige demokratische Großmacht der Welt warte. Das Abenteuer in der Schweinebucht bewies das Gegenteil! Neben der Tatsache, daß die Demokratische Republik Vietnam dieselben Forderungen vertritt wie die Nationale Befreiungsfront Südvietnams, führen die USA an, die Partisanen — soweit sie überhaupt aus dem Süden stammten — seien mit Waffen aus dem Norden ausgerüstet. Den Beweis dafür sind sie bis heute schuldig geblieben. Als das amerikanische Weißbuch über Vietnam herausgegeben wurde, konnte Dean Rusk ein einziges leichtes chinesisches Maschinengewehr vorweisen. Dazu „Christ und Welt": „Am schlimmsten war, daß infolge der schlechten Moral der Regierungstruppen ungeheure Mengen amerikanischer Waffen in die Hand des Gegners fielen. Heute schätzt man, daß die Vietcongs zu 90% mit amerikanischen Beutewaffen ausgerüstet sind."[7])

Zur Außensteuerung des Komplex meinte der frühere französische Ministerpräsident Edgar Faure: „Die USA haben falsche Vorstellungen über die Vietcong-Bewegung. Der Aufstand ist nicht importiert . . ."[8])

Und der ehemalige britische Außenminister Patrick Gordon Walker: „Der Vietcong ist . . . mit den Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen."[9])

Doch trotz aller militärischer Anstrengungen der USA sind heute 80% des Gebiets von Südvietnam befreit.

„Sie sind nicht leicht zu überzeugen." Allerdings dürfte es nicht ganz einfach sein, einen hungernden vietnamesischen Bauern zum Verzicht auf den lebensnotwendigen Reis zu bewegen, zum Verzicht auf den — wenn auch noch nicht sehr großen — gesellschaftlichen Reichtum, an dem er durch eine Agrarreform teilhaben könnte, wie ihm in den befreiten Gebieten und in Nordvietnam augenfällig demonstriert wird.

Da sie gegen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung kämpfen müssen, sind die USA gezwungen, den Krieg mit fast beispielloser Brutalität zu führen. Vorbild ihrer Kriegsführung sind die englische Partisanenbekämpfung in Malaya und der französische Kolonialkrieg in Algerien. Napalmbomben und Konzentrationslager, vergiftete Reisfelder und verbrannte Dörfer, die Taktik der verbrannten Erde und Angriffe auf die Nachbarstaaten Nordvietnam und Kambodscha — das ist die Antwort der USA auf die vietnamesische Volksbewegung. Nur entspricht das Ausmaß der amerikanischen „Befriedung" auch dem wesentlich größeren amerikanischen Machtapparat.

So kommen auf einen getöteten Partisanen 9 bis 10 tote Bauern. Nach vorsichtiger Schätzung hat der Krieg bereits eine halbe Million Menschenleben gefordert; dabei setzen die USA Tag für Tag immer perfektere Vernichtungsmittel ein. Allein zwischen 1961 und 1964 — zu einer Zeit also, wo der Krieg die heutige Intensität noch nicht erreicht hatte — sind 160 000 Zivilisten umgekommen, an die 700 000



„Erstens wollen wir die Kommunisten überzeugen, daß wir nicht durch Waffengewalt besiegt werden können. Sie sind nicht leicht zu überzeugen. ... Ich habe den Militärbefehlshaber, General Westmoreland, gefragt, was er weiter brauche ... Er hat es mir gesagt, und wir werden seine Anforderungen erfüllen."

Johnson in einer Pressekonferenz.

wurden verstümmelt.[10]) Schon 1962 berichtete die New York Times über die Zerstörung von fast 1400 Dörfern.[11]) Tausende von Siedlungen und Dörfern sind seither vernichtet worden. Ihre Einwohner wurden getötet oder in sogenannte Wehrdörfer verschleppt, die nichts anderes als Konzentrationslager sind.[12]) Die Folter ist zum Charakteristikum der Antiguerillakriegs-

führung geworden. Sie ist nicht etwa eine Ausnahme oder eine Panne, sondern wird systematisch angewendet.[10])

Dennoch ist der Krieg — auch nach den Ansichten westlicher Experten wie des Generals Thompson — verloren. Zwar dürfte der Befreiungsfront kaum ein ähnlicher spektakulärer Sieg über die USA gelingen, wie er der Nationalen Unabhängigkeitsfront Vietminh bei Dien Bien Phu über Frankreich gelang. Zwar scheinen die USA aufgrund ihrer waffentechnischen Überlegenheit in der Lage zu sein, Verteidigungsinseln wie Saigon und einige Küstenstädte zu halten, doch zeigt gerade das algerische Beispiel, daß Volksbewegungen wie die südvietnamesische Befreiungsfront politisch und militärisch nicht zu zerschlagen sind — es sei denn, man rotte die gesamte Landbevölkerung aus. Doch im Weltmaßstab wäre auch dies kein Sieg.

„Zweitens wird eine friedliche Lösung zu einem unausweichlichen Zwang, wenn die Kommunisten erst einmal so wie wir begreifen, daß eine gewaltsame Lösung unmöglich ist. Wir sind jetzt wie stets bereit, vom Schlachtfeld an den Konferenztisch zu gehen. Ich habe viele Male die Bereitschaft Amerikas öffentlich unterstrichen, Gespräche ohne Vorbedingungen mit jeder Regierung an jedem Ort und zu jeder Zeit aufzunehmen . . ." Johnson a. a. O.[14])

Die „bedingungslosen" Verhandlungsangebote Johnsons stellten folgende Vorbedingungen: Keine Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Vietnam auch nach einem eventuellen Friedensschluß, mit einem Wort also: keine Rückkehr zu dem Genfer Abkommen. Dies aber sind ja genau die Punkte, um die in Vietnam gekämpft wird. Die lautstarken Angebote Johnsons sollten davon ablenken, daß die USA nicht gewillt sind, gerade über diese zentralen Fragen zu verhandeln.

„. . . Dieser Konflikt ist typisch . . . wie kann ein Land, das über ein enormes militärisches und ein minderes politisches Potential verfügt, an einem beliebigen Ort über einen Gegner siegen, der militärisch unterlegen, aber politisch stark ist? . . . hier und jetzt müssen wir Methoden erlernen, mit denen wir dasselbe Problem in beliebigen Teilen Asiens, Afrikas und vor allem Lateinamerikas lösen können."
Ein hoher US-Diplomat[15])

Walter Bauer

Einem Fremden etwas zeigend

„Sehen Sie, damals lagen die Toten hier
und überall auf den Plätzen,
von Flammen geschwärzt und gedörrt,
merkwürdig klein geworden, wie Pakete
[ohne Inhalt,
ganz leicht.
Stürme von Feuer fuhren dahin ohne
[Hindernis.
Ein Brausen vom Himmel wie . . .
man kann das einem Fremden nur schwer
[erklären . . .
verstehen Sie: die Städte waren reif.
Und dann: in diesen Kellern — sehen
[Sie? —
aus denen Unkraut hervorweht und kalter
[Totengeruch zerfetzter
Zeit —
in diesen Kellern wartete man.
Auf was? möchten Sie wissen . . . Daß
[man übrigblieb.
Jetzt ist es still. Nichts mehr. Kein Laut.
Aber doch waren dies die Orte des War-
[tens auf Tod oder Verschont-
werden.
Höhlen unbeachteter Grablegung.
Unvermuteter Ausbruch von Wasser-
[massen,
kürzte die Wartezeit ab, nur etwas
[qualvoll.
Hier verbrachten die meisten
endlos scheinende Lehrstunden für eine
[andere Welt.
Ob die Prüfung bestanden würde, fragen
Sie?
Nein."

Aus: „Ohne Haß und ohne Fahne"
Kriegsgedichte des 20. Jahrhunderts
(Rowohlts Klassiker, Oktober 1959)

Dies ist das entscheidende Motiv für das amerikanische Engagement in Vietnam. Die Machteliten der amerikanischen Gesellschaft haben den exemplarischen Charakter des Konfliktes genau erkannt. Der Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung nimmt den Befreiungskampf ganzer Kontinente vorweg, deren Bevölkerung unter denselben sozioökonomischen und politischen Bedingungen zu leiden hat, wie sie heute noch in Südvietnam herrschen. Die ökonomische und damit politische Abhängigkeit dieser Teile der Welt vom Westen ist für die Selbstreproduktion des kapitalistischen Wirtschaftssystems von kaum abzuschätzender Bedeutung.

Ähnlich wie Spanien 1936 bis 39 ist Südvietnam heute zum Experimentierfeld geworden. Es geht darum, den Völkern der Dritten Welt zu beweisen, daß der einzige Weg, um aus ihrer sozialen Misere zu gelangen, für sie nicht gangbar ist, der Weg erfolgreicher Veränderung der Sozialstruktur. Zugleich sollen in Vietnam die technischen und taktischen Mittel erprobt werden, wie soziale Revolutionen immer und überall erfolgreich zu bekämpfen sind. Dies allein erklärt die Intensität, Kostspieligkeit und Brutalität des amerikanischen Engagements in Vietnam.

Quellen:

1. Robert Guillain in „Le Monde", 10. 7. 54.
2. vgl.: Hans Hentel „Chinas Schatten über Südostasien", Holstein-Verlag, S. 235.
3. vgl.: Price Gittinger „Agrarian Reform", in: „Viet-Nam. The first five years". An international symposium, ed. by Richard W. Lindholm, East Lansing: 1959 p. 200 — 208.
Ferner: Kurst Steinhaus: „Vietnam, zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution", Verlag neue Kritik, Frankfurt/M., [illegible]
4. „Christ und Welt", 9. 10. 64.
5. Vgl.: „Washington Post", 20. 1. 1964.
6. Herbert Marcuse: „Ethik und Revolution", in: „Kultur und Gesellschaft 2", Frankfurt/M., 1965, Suhrkamp Verlag, S. 157.
7. siehe 4.
8. vgl.: „Süddeutsche Zeitung", 19. 4. 65.
9. „Scotsman"
10. Bertrand Russell: „Krieg und Grausamkeit in Vietnam", in: „Zivil" 4. 4. 65.
11. „New York Times", 19. 6. 62.
12. siehe 10.
13. siehe 10.
14. Die Zitate der US-Regierung stammen aus einer Broschüre des US-Informationsdienstes: „Warum Vietnam?", Bad Godesberg 1965.
15. vgl.: Hans Magnus Enzensberger: „Europäische Peripherie", in: „Kursbuch 2", 1965, S. 158.

Schlamm 66


W. S. SCHLAMM

„Warum sollten Amerikaner Hamburg atomar mit dem Risiko der totalen Zerstörung schützen, wenn Hamburg nicht bereit ist, sich wegen der Freiheit Dresdens in Schwierigkeiten einzulassen?"

Ist die Nation ein Übel? Der RCDS stellte diese Frage auf einer „Großveranstaltung", zu der er Willi S. Schlamm aus der Versenkung hervorholte. Da dessen einschlägige Haltung bekannt ist, waren Sensationen ausgeschlossen. Den Veranstaltern lag wohl auch weniger an einer Antwort als an der Schau. Die verquere Frage und der kongeniale Redner seien dem RCDS verziehen, wir müssen ihm am Ende gar dankbar sein. Schlamm, der Demagoge, der Rattenfänger, der Volksverführer — hat es ihn je gegeben? Da Geschichte zuviel Ehre wäre, sagen wir: Er ist ein Gerücht. Der RCDS machte uns bekannt mit Schlamm 66.

Neu ist nicht der Inhalt, nur die Wirkung. Man hört, daß Willi Siegmund jahrelang durch deutsche Lande zog, um die Nation wieder zu erwecken. Christ-demokratische Hochschulgruppen, das Kuratorium Unteilbares Deutschland und die Europa-Union ermöglichten ihm Auftritte. Da soll es hoch hergegangen sein: Das Publikum habe gejohlt, es sei neurotisiert worden und habe rauschhaft begeistert gerast, die Gesichter des Publikums wären verzerrt gewesen und ihre Blicke hätten an den Lippen des Heilsboten gehangen, kurzum, der Redner habe sich als vollkommenes Medium seiner Zuhörer erwiesen und gewußt, was er ihnen bieten dürfe. So jedenfalls schilderte es seinerzeit der SPIEGEL. Wir aber sahen davon nicht die Spur. Ideologischen Phrasenzauber, ja, aber mit gebremstem Schaum. Das ist noch übertrieben. Schlamm 66 schäumt überhaupt nicht mehr.

Wohl skandiert er noch Sätze, Worte mit kleinen Faustschlägen aufs Rednerpult. Ver-ant-wortung ist von drei linden Theaterdonnern untermalt, der Zuhörer hat sich schnell an solche Redeweise gewöhnt und schrickt nicht mehr hoch. Die üblichen Gesten, der vorgeschleuderte Arm, der auf dich gerichtete Zeigefinger, das verfehlt seine Wirkung, das reißt keinen mehr vom Stuhl. Es liegt wohl an dem, was er dazu sagt.

Also: Die Nation ist ein Tatbestand der menschlichen Natur. „Diesem Tatbestand aus dem Wege gehen zu wollen ist so vernünftig wie aus der Tatsache, daß Hitler ein Vegetarier war, die Konsequenz zu ziehen, daß wir jetzt keinen Salat mehr essen." Er fügt noch hinzu, die Parallele zur Nation sei der Vitamingehalt des Salats.

Einige Zuhörer lachen, einige klatschen gar. Die Mehrzahl, darunter selbst der CDU-Anhang, hat den allzu dürftig angemachten Salat essigsauer auf der Zunge. Es gab mal eine Zeit, da hat man mit bierernsten Büttenreden Politik gemacht, da wurde bis zur Lächerlichkeit verrumpelt. Das scheint vorbei. Schaukelte Schlamm früher auf der Woge dieser Konjunktur?

„Die menschliche Natur, ebenso wie die physische Natur, duldet keine leeren Räume. So wie in der Physik Sie gelernt haben, daß das fremde Gas unvermeidlich in den leeren Raum hineinströmt, so strömen im menschlichen Raum, in welchem die essentiellen Dinge des Lebens, die Sprache, Heimat und Geschichte, dastehen, andere Gehalte, wenn Sie auf die ihren verzichten." Berühmt ist das alles und erinnert im Ausmaß des technischen Verständnisses an den wortgewaltigen Altkanzler und dessen treffliche Bemerkung: Die Atombombe ist die Fortentwicklung der Artillerie. Das war entwaffnend klar gesagt, ohne Schmock. Schlamm aber macht's mystagogisch, er stellt das Faß einfach in den Weg und macht's nicht auf, klebt nur ein Etikett dran: „Menschliche Natur" oder „Menschlicher Raum".

Manchmal stellt er die Fässer aufeinander und macht darauf einen Kopfstand. Das macht die Schau artistisch. Andere Leute, in der Politik, rollen ihre Fässer nur herum, wissen selbst gar nichts damit anzufangen. Man denke an Erhards „formierte Gesellschaft".

Es gibt, wie wir von Schlamm erfuhren, Gesetze der Geschichte, die wir nie in Büchern lesen und selten an der Uhr hören; eins davon hat er uns verraten: „Was die Engel zu tun versäumen, werden die Teufel nachholen." Was heißt das? „Wenn die richtigen Leute das Nötige nicht tun, dann werden es die falschen Leute tun." Das werden wir uns mal hinter die Löffel schreiben. Wenden wir diese Erkenntnis mal auf Schlamm selber an. Dazu aber erst noch ein Zitat:

„Warum sollten Amerikaner zum atomaren Einsatz bereit sein, wenn es sich um einen Angriff auf Düsseldorf oder Hamburg handelt, warum sollten Amerikaner Hamburg atomar mit dem Risiko der totalen Zerstörung schützen, wenn Hamburg nicht bereit ist, sich wegen der Freiheit Dresdens in Schwierigkeiten einzulassen? Das ist eine unhaltbare Position. In der Verteidigung von Helmstedt darf ich atomar kämpfen, aber nicht etwa in der Befreiung der Ostzone."

Wer zufällig ein Grundgesetz unter dem Arm hat, sollte mal nachschlagen: Artikel 26: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." Der Artikel 26 gehört zu den allgemeinen Gesetzen, die nach Artikel 5 das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken.

Augenscheinlich haben die Engel, die Hüter unserer Verfassung, die politischen Staatsanwaltschaften, das Nötige zu tun versäumt. Ganz nach dem Legalitätsprinzip und ohne Opportunismus gehörte der Austroamerikaner in Deutschland hinter schwedische Gardinen. Nun gut, das Schlammsche Gesetz wird etwas strapaziert, wenn man das Kommissariat IVa zum Engel erhebt, aber wer, zum Henker, ist der Teufel, der das Nötige nachholt? Haben wir wirklich Hoffnung, daß die falschen Leute, sollten sie dran sein, mit Willi S. Schlamm das Richtige tun?

Jürgen Corleis

Sing-out-Verkauf '66



Formiert, formiert . . .

Zum Hamburger Gastspiel der Gesangstruppe der Moralischen Aufrüstung „Sing-out '66“:

„Ich bin Sozialist. Ich habe mich entschieden, das zu tun, was Gott von mir will.“

„Der Schlagzeuger Bob Overaal aus Baltimore errang 1964 den Weltrekord im Dauertrommeln mit 100 Stunden, 25 Minuten und 16 Sekunden.“

(Aus dem Programmheft von Sing-out '66)

Der Anfang war allein das Eintrittsgeld wert. Trommelwirbel, Getrappel, Stehen: „Einigkeit & Recht & Co.“ — leicht kehlig akzentuiert. Ein vom 1. Mai her noch gut gedrilltes Publikum erhob sich brav. Mitsingen wollte keiner. Wunderte mich gar nicht. Im Konfirmandenunterricht konnte ich auch immer nur erste Strophen. Stühlerücken, Setzen, na denn!

Was ist ein Chor? Einige Dutzend Statuen, schwarz-weiß, „Am Brunnen vor dem Tore . . .“ Also, die nicht! Verschiedenfarbigen Dreß gekonnt-diffus über die Bühne gewürfelt — optisch prägnant. Springer-„Abendblatt“ lobte die sauber gewaschenen und manierlichen jungen Leute. Axel, der Hygiene-Fan, der in seinem „Bravo“ mit Vorliebe schmierige Langhaartypen auf der Titelseite abbildet. Aber recht hat er. Die Sing-out-Truppe war wirklich eine Augenweide. Die Damen — miß-reif. Die boys — ein toller Haufen sympathischer fellows. Ob wohl die Mitgliedschaft im Sing-out über physiognomische Selektion erworben wird? Ihre Lieder — ein Geysir des Optimismus, die ersten wenigstens. Von den Texten will ich noch nicht reden. Nur soviel: auch bei Sing-out reimt sich „tomorrow“ auf „sorrow“. Was dann aber die Rigoletto-Arie und die Steppeinlage sollten, wissen nur der Himmel und der Regisseur.

Und dann backte man auf der Bühne kleine Brötchen: Schnulzen beherrschten die Szene. Ich kaufte mir erstmal ein Programm. Und staunte: Grußwort von Erhard („. . . wertvoller Beitrag zur Erhaltung der freiheitlichen Ordnung in der Welt . . .“), ganzseitige Anzeige der Bundeswehr („Hauptfach: Denken“ — O, what a funny joke!). Ich war gewarnt. Und blätterte weiter. Denn so viel hatte ich schon gelernt: Sing-out lohnt das Hinhören nur, wenn der ganze Chor singt.

Inzwischen schritt ich zur freiwilligen Infiltration: Ich las das Programm. Da kam's knüppeldick: „Beenden“ wollte Sing-out die „Diktatur“, den „moralischen Pazifismus“ (was immer das ist) und den Rassenkampf“ (ich verbürge mich für das R). Und wodurch beenden? Durch die „Modernisierung des Charakters der Menschen“, durch „Liebe“ zu Familie, Vaterland und Menschheit — und so weiter. Jedes einzelne Wort kenne ich ja, aber vor den zu Sätzen geballten Worten stehe ich hilflos. Was ist „Modernisierung des Charakters der Menschen“? Darf man mit den Worten ein bißchen spielen: „Menschlicher Charakter der Modernisierung“? Vor allem, was hat das mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun? Die wurde nämlich gleich mit postuliert, sie machten's gründlich. Aber da will ich nichts sagen. In der Passage über die Wiedervereinigung stand der einzige vernünftige Satz des ganzen Heftes: „. . . die Welt hat kein Interesse an unserer Wiedervereinigung, wenn sie nicht weiß, für welche Ziele wir unser wirtschaftliches und politisches Gewicht in die Waagschale werfen wollen“. Genau. Vielleicht wirft ein wiedervereinigtes Deutschland sein Gewicht auch für die Ziele der Moralischen Aufrüstung in die Waagschale. Mir soll das recht sein. Aber was sind diese Ziele? Vieles wurde proklamiert, nur nichts Greifbares. Was bedeutet beispielsweise: „Wir wollen die Menschen aus ihren Lehnstühlen des Zynismus und der Bequemlichkeit aufscheuchen und sie mit Haut und Haaren auf den Weg zu einer besseren Zukunft mitnehmen“. Von meinen Assoziationen bei diesem Satz — kein Wort. Nur: Wo liegt diese Zukunft? Welche Alternativen bietet sie? Was heißt überhaupt „besser“? Erst eine Definition von „bessere Zukunft“ würde Sing-out aus dem Nebulösen herausholen. Aber vielleicht wollen sie das gar nicht?

Mich wundert nur eins: Sing-out singt jede Woche vor großen Menschenmengen. Es müßte doch wissen, was eine „Masse“ ist und etwas von ihren Gesetzen ahnen. Und da scheint auch der Webfehler der ganzen Sache zu stecken: Individuen werden angesprochen, Massen gemeint. Sing-out hält die Summe der Teile für das Ganze. Ob das gut geht? Diese Sichtweise kommt vielleicht daher, weil die ganze Sing-out-Truppe so herrlich heterogen ist. Ach, was gab's da nicht alles zu sehen: Bekehrte Saulusse („Ich habe früher geraucht und gesoffen und freien Sex gemacht. Aber mir wurde es über!“), kulturanthropologisch eingefärbte Revolutionäre („Vor den Problemen der heutigen Zeit werden die Menschen zynisch. Wir wollen ihnen etwas Besseres als Zynismus geben!“), Ideologie-Kritiker („Christentum und Kommunismus sind outmoded“) und einen leibhaftigen Jesus („Ich werde keinem Menschen erlauben, mich mit Gewalt zu beherrschen“!). Was soll man dazu sagen? Ich habe nach dem Konzert mit einigen von Sing-out diskutiert. Fühlte mich nicht wohl dabei. Warum seid ihr von Sing-out nur so sympathisch? Es muß die Naivität sein, mit der ihr gegen einige Jahrtausende fehlerhafter Weltgeschichte zu Felde zieht. Dabei merkt ihr nicht, daß ihr mit Eurem Atombombenzeitalter-Puritanismus aus eben dieser Geschichte Euer tägliches Geistesbrot bezieht. „Die Deutschen schauen zuviel in die Geschichte“, sagtet ihr. Vielleicht schaut ihr zu wenig? Ich mag Euch und Eure Musik. Aber Eure moselanistischen Simplifikationen, die mag ich nicht, und wenn ihr die Sphärenmusik selbst wärt. „Wir rufen ja mit aller Leidenschaft und dulden nie, nie, daß man was Halbes macht. Denn wir bestimmen den Lauf der Geschichte.“ Ich fürchte, da hilft nur noch eins: Sing-out in Klausur und Habermas „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ als Pflichtlektüre. Ich wette, dann singen sie anders . . .

Inzwischen war das Konzert ohne Punkt und Komma weitergegangen. Es wurde peinlich: Ausgewählte Mitglieder der Truppe machten Gesinnungs-Striptease. Ein Indianer erzählte beispielsweise, wie er seine Energie von Haß auf die Weißen in Liebe zur Menschheit umgepolt hatte. — Ich bin in Ost-Berlin zur Schule gegangen und erinnere mich an ein paar FDJ-Versammlungen mit „Selbstkritik“. Gegen sowas bin ich verdammt empfindlich.

Zum Schluß: Feuer aus allen Rohren. „Up, up with people“ — ein Lied, das vom Stuhl hebt. Choreographisch impressiv untermalt. Publikum wurde zum Mitsingen aufgefordert und über die Choreographie belehrt: Bei der Zeile: „If more people were for people, all people ev'ry where . . .“ sollte demonstrativ-beschwörend in die Gegend gedeutet werden. Eine strenge Mitt-Vierzigerin vor mir versuchte das auch. Es kam aber nur ein drohendes Zeigefingerschütteln heraus. Gnädige Frau, ich glaube, Sie haben den Sinn der „Moralischen Aufrüstung“ vollkommen erfaßt.

Wolf Oschlies

Politik-Soziologie in Hamburg

Das Seminar für Sozialwissenschaften (SSoz) — es umfaßt die Fachrichtungen „Politische Wissenschaft", „Soziologie", „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" — residiert zur Zeit im Gebäude der Wiso-Fakultät am Von-Melle-Park. In absehbarer Zeit jedoch soll es sein Domizil in den „Pferdestall" am Bornplatz verlagern. Die Besonderheit dieses Seminars liegt in seiner fakultativen Zwitterstellung begründet. Das Studium der Soziologie und der Politikwissenschaft ist sowohl an der Wiso- als auch an der Philosophischen Fakultät möglich. Die Seminardirektoren haben Sitz und Stimme in beiden Fakultäten.

Lehrstühle

Zum SSoz gehören fünf Lehrstühle — zwei für Politische Wissenschaft, zwei für Soziologie, einer für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Der Theorie steht kraß die Praxis gegenüber, denn je ein politischer und soziologischer Lehrstuhl ist vakant. Ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft ist Dr. jur. Wilhelm Hennis. Seit dem 1. 5. 1965 ist der Inhaber des 1. Lehrstuhles für Pol. Wiss., Prof. Dr. rer. pol. Siegfried Landshut, entpflichtet. Ordentlicher Professor für Soziologie ist Dr. phil. Heinz Kluth. Der 2. soziologische Lehrstuhl ist bereits seit 6 Semestern unbesetzt. Dr. phil. Carl Jantke ist Ordentlicher Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ferner ist emeritiert der Ordentliche Professor für Sozialwissenschaften Dr. phil. Eduard Heimann.

Das Seminar leidet also in seiner Arbeit fundamental an der relativ gemessenen Unterbesetzung mit habilitierten Kräften. Daran ändert auch die zeitweise Verpflichtung von zum Teil auswärtigen Dozenten nichts — Prof. Kob und Prof. von Ferber für Soziologie, Privatdozent Dr. Varain für Pol. Wiss. —. Grundsätzlich zu bemängeln ist das Fehlen eines dritten Lehrstuhls für Pol. Wissenschaft betreffend die Gebiete Außenpolitik und internationale Beziehungen. Ein dritter Lehrstuhl für Soziologie ist für das kommende Semester beantragt; seine Chancen der Bewilligung sind jedoch sehr gering.

Berufungen

Dunkelheit und Geheimhaltung beherrschen die Szenerie, sobald sich der normale Student mit der Thematik der Berufungen auseinanderzusetzen beginnt. Was das SSoz betrifft, so steht als Faktum fest: einen Ruf nach Hamburg erhalten und abgelehnt haben die Professoren Eschenburg und Brecher. Die Berufung von Prof. von Ferber für Soziologie scheiterte nicht durch Ablehnung — sondern aus „hochschultechnischen Gründen". Ein weiterer Ruf ist derzeit ergangen an die Soziologin Prof. Mayntz, Berlin. Auf Antwort wird gewartet.

Neben diesen sichtbaren gibt es eine Menge von unsichtbaren Aspekten: Wer beruft eigentlich wann? Wen beruft man? Warum beruft man ... und nicht etwa ...? Warum hat der Berufene abgelehnt? Was heißt Scheitern aus „hochschultechnischen Gründen"? Fazit: der Student steht im Dunkeln, er wird ins Dunkle gestellt. Ihm wird die Möglichkeit genommen, sein Studium längerfristig vorbereitend zu planen. Unser Berufungssystem, wie hier exemplarisch angedeutet, ist stark reformbedürftig. Es bedarf kräftig einer Prise Durchschaubarkeit und Öffentlichkeit. Wenn es nichts zu verheimlichen gäbe, könnte das Berufungsverfahren in Einzelheiten öffentlich ausgebreitet werden (vgl. VDS-Empfehlungen: öffentliche Ausschreibungen von Dozentenstellen). Wenn aber so viele Fragen unbeantwortet bleiben, wenn der Student nicht erfährt, daß finanzielle Weigerungen der Hochschulbehörde zum Teil zum Scheitern von Berufungsverhandlungen führen, wenn er nicht erfährt, warum die Berufenen ablehnen, dann muß der Student zwangsläufig selbst Spekulationen anstellen. Daß diese dann in die Richtung gehen: „Das war nur ein Schaffner; der Professor befürchtet Konkurrenz; jene wissenschaftliche Orientierung können wir nicht gebrauchen", ist nicht auf Böswilligkeit, sondern auf Unwissenheit der Studenten zurückzuführen.

Studentenschaft

Was die Studentenzahlen angeht, so haben diese in den Sozialwissenschaften gerade in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. Wobei eine Unterscheidung in Haupt- und Nebenfächer besonders ratsam erscheint. Im WS 65/66 gab es 93 Hauptfach-Politikwissenschaftler und 270 Hauptfach-Soziologen an beiden Fakultäten. Diese Zahlen ergeben aber ein schiefes Bild, wenn versucht würde, daraus die Anzahl der Studenten pro Dozent zu ermitteln. Die Sozialwissenschaften werden durch die übermäßig hohe Zahl der Nebenfächler bestimmt. Genaue Zahlenangaben sind in den Universitätsstatistiken nicht vorhanden. Begründete Schätzungen lassen aber vermuten, daß die Zahl der Nebenfachstudenten in Politikwissenschaft und Soziologie die Zahl der Hauptfachstudenten um etwa das Dreifache übersteigt. Neuerdings empfehlen alle möglichen Studiengänge ihren Absolventen das Hineinriechen in soziologische und politikwissenschaftliche Probleme. Entweder hat man den Wert dieser Fächer jetzt höher eingestuft, oder sie sind „Mode" geworden. Der einsetzende Run ist beängstigend, zumal das Verständnis für die besonderen Schwierigkeiten dieser Fachrichtungen — Berufsaussichten, Studienabbruch, fehlende Studienpläne — nicht im gleichen Verhältnis zuwächst.

Bibliothek

Das SSoz verfügt über eine eigene, hervorragend breite Bibliothek von ca. 23 000 Bänden. Die Benutzung ist nur den Studenten der sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen ermöglicht. Die Anzahl der Sitz- und Leseplätze ist unzureichend. Ein gesonderter Zeitschriftensaal enthält die bedeutendsten Periodica und Zeitungen. Die Öffnungszeiten der Bibliothek von 9-19 Uhr sind vergleichsmäßig kurz. Eine Erweiterung der Aufsicht scheiterte bisher an finanziellen Schwierigkeiten. Eine obligatorische Seminarwoche für alle Studenten — auf anderen Universitäten mit bestem Erfolg praktiziert — wäre eine Diskussion wert. Eine Unmöglichkeit sind die hoffnungslos veralteten Seminarkarten.

Studienaufbau

Zum Studium selbst ist in groben Umrissen folgendes zu sagen. Für beide Fachrichtungen gibt es weder beratende Studienpläne noch empfehlende Studiengänge. Auch offizielle Literaturlisten sucht man vergebens — obwohl wiederholt angekündigt. Der Studienabschluß auf der Phil. Fakultät ist für Soziologie und Politikwissenschaft durch die Magister- und Promotionsordnung klar geregelt. Die Prüfungsordnung für Soziologie an der Wiso-Fakultät ermöglicht den Abschluß als Diplom-Soziologe und ferner die Promotion zum Dr. rer. pol. Der größte Ballast innerhalb dieser Prüfungsordnung sind die Anforderungen in Statistik. Dem Soziologen wäre mehr gedient, wenn ihm eine stärker an die empirische Sozialforschung angepaßte Statistik vermittelt werden könnte. Auf besonders schwachen Füßen steht bisher noch der Studienabschluß für Politische Wissenschaft an der Wiso-Fakultät. Er ist geregelt durch eine sogenannte „Fakultätsprüfungsordnung", deren formaler und inhaltlicher Aufbau dem einer Diplomprüfung entspricht, allerdings läßt die Einführung eines akademischen Grades (z. B.: Diplom-Politikwissenschaftler) seit langem auf sich warten. Dieser Zustand ist bedauernswert, da er eine ungerechtfertigte Benachteiligung für die Studierenden dieser Fachrichtung mit sich bringt. Schließlich ist auch in diesem Falle die Promotion zum Dr. rer. pol. möglich.

Ferner ist die Einführung einer Zwischenprüfung nach dem 4. Semester für beide Fachrichtungen durchaus empfehlenswert, denn die Bekanntgabe der Anforderungen für eine derartige Prüfung würde das Grundstudium klar gliedern, in seinen Bereichen begrenzen und anfängliche Unsicherheiten eindämmen.

Vorlesungen und Seminare

Es muß schließlich noch auf das Angebot an Vorlesungen und Seminaren eingegangen werden. Für beide Fachrichtungen werden regelmäßige Proseminare abgehalten, die der Einführung in das jeweilige Studium dienen. Es ist mit dem Sinn dieser Einführungsseminare nicht vereinbar, wenn die Teilnehmerzahlen sich seit ca. drei Semestern auf über 100 Personen je Seminar verlagert haben. Hier besteht die unbedingte Notwendigkeit von Parallelkursen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Von den angekündigten Vorlesungen, Seminaren und Kursen in Soziologie und Wirtsch.- und Sozialgeschichte sind mit einer Ausnahme alle abgehalten worden. Allerdings bleibt festzustellen, daß die Bereiche der Rechts-, Kunst-, Sexual-, Organisations- und Politischen Soziologie sowie die Sozial-Anthropologie und -Philosophie in Hamburg völlig vernachlässigt werden. Für die Politische Wissenschaft hatten wir schon eingangs das Fehlen der Bereiche Außenpolitik und Internationale Beziehungen kritisiert. Aber auch das Gebiet der Theorie und pol. Ideengeschichte erfreut sich im Augenblick sporadischer Berücksichtigung. Politische Seminare und Vorlesungen mußte man im Vorlesungsverzeichnis mit der Lupe suchen. Ferner trug zur Abwechslung der hanseatischen Steifheit bei, daß ein Mittelseminar nach der Hälfte der Vorlesungszeit zum Proseminar degradiert wurde.

Allein dieser kleine Vergleich von Studium auf dem Papier und Studienwirklichkeit, von Soziologie und Politikwissenschaft an sich und Soziologie und Politikwissenschaft in Hamburg beweist, daß das 65er eines der interessantesten Semester an der Universität darstellt. Red.

Schein-Probleme

der Juristen

Auf der Vollversammlung der Fachschaft Jura wurde als Hauptpunkt der Tagesordnung zur Frage der Übungsscheine Stellung genommen. Innerhalb dieses Fragenkreises war unter der Studentenschaft erhebliche Unsicherheit entstanden. Der Anlaß war ein Schreiben des Präsidenten des Justiz-Prüfungsamtes, in dem mitgeteilt wurde, daß im Strafrecht und im Öffentlichen Recht ein Schein mit schriftlichen Hausarbeiten und Aufsichtsklausuren verlangt werde.

Der Fachschaftsrat nahm wie folgt dazu Stellung:

Die Justizausbildungsordnung schreibt heute fünf Scheine aus verschiedenen Rechtsgebieten vor. Also werden fünf oder sechs Scheine zum Examen benötigt, je nachdem, ob der Kleine BGB-Schein als Examensschein anerkannt wird oder nicht.

Demgegenüber verlangt die Fakultät drei Kleine, drei Große und zwei Wahlscheine. Sie brachte aber auf der Vollversammlung auch zum Ausdruck, daß diese Zahl zu hoch sei und man sich bemühe, sie auf sieben zu senken, indem man sich für die Anerkennung des Kleinen BGB-Scheines verwenden wolle. Es läge nunmehr am Prüfungsamt, für eine Übereinstimmung zu sorgen.

Weiterhin stellte die Fakultät fest, daß eine endgültige Klärung der Frage noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Daher sei zu raten, in den drei Rechtsgebieten wie bisher je einen Kleinen und einen Großen Schein zu machen, ferner eine exegetische Quellenübung und den HGB-Schein.

G. U.

Akademische Schlafgemeinschaft

Jeder weiß es, jeder merkt es, die deutschen Universitäten und Hochschulbehörden hat das Reformfieber gepackt! Zwischenprüfungen, Aufhebung des numerus clausus für einige Studienfächer und wenig begrüßenswerte Zwangsexmatrikulationen und unvermeidliche Kürzungen der Studiensemester geben dem studentischen Leben einen neuen Akzent. Doch mit diesen Reformen im Studienbereich noch nicht genug, denn schon hört man von ominösen Bemühungen, auch das Studentenprivatleben in den reformerischen Griff zu bekommen. So geschehen in Bremen bei der feierlichen Einführung des neuen Gründungsrektors für der Hanseaten liebstes Kind — die Universität Bremen; man gründet schon seit Jahren. In seiner Festrede am 16. Mai des Jahres entwickelte Professor Dr. med. Wolfgang Bargmann das Programm des Gründungsausschusses für die neue Alma mater, in dem er sich mit besonderem Nachdruck zu dem Erziehungsauftrag der Universität bekannte. Als besonderes Wirkungsfeld dieses Auftrages sieht er die Wohnheime, in denen ca. 2000 Studenten, das ist ein Drittel der zu erwartenden Studentenschaft wohnen wird.

Die Konzeption des Bremer Gründungsausschusses für das Wohnheimprojekt huldigt zwar im großen und ganzen dem bekannten und in beinahe allen bundesdeutschen Wohnheimen erprobten Protektoren- und Tutorenprinzip, jedoch erhält es durch eine nicht unwesentliche Neuerung eine unangenehme Note. Die Planung des Bremer Wohnheimcampus sieht nämlich vor, daß jeweils drei Studentenheime einer Professorenwohnung zugeordnet werden sollen, weil nach Prof. Bargmanns Ansicht Wohnheime mehr sein sollen als „Komplexe von Behausungen", vielmehr sollen sie zur „Entfaltung gemeinsamen Lebens im Geiste der Universität beitragen". Gut klingt's, nicht wahr? Aber ist es auch gut? Und haben sich Prof. Bargmann nebst Kollegen im Gründungsausschuß nicht ein wenig übernommen, wenn sie nun auch die außerhalb des wissenschaftlichen Bereichs liegende Erziehung der Studenten in die Hand nehmen wollen?

Die Idee von der „akademischen Lebensgemeinschaft" hat zwar schon in vielen reformsüchtigen Köpfen gespukt, doch Lehrende und Lernende sollen und werden keine Wohn- und Schlafgemeinschaft bilden, sondern sie sollen „Arbeitsgemeinschaften" sein, die den Erziehungsauftrag der Hochschulen ebensogut, wenn nicht besser wahrnehmen können. Der Bremer Gründungsausschuß stellt sich ein schlechtes Zeugnis aus, wenn zur Erfüllung des Erziehungsauftrages die Wohnheime, und das bedeutet die Privatsphäre der Studierenden, strapaziert werden müssen.

Nicht die Gestaltung seiner Behausung und seiner Freizeit verlangt der Student von der Universität, sondern eine bessere Zusammenarbeit von Professoren und Studenten in den verschiedenen Studienbereichen und eine optimale Erziehung zu wissenschaftlichem Denken und Arbeiten. Wenn das die entscheidenden Köpfe nicht begreifen wollen, so wird es nicht mehr lange dauern, und man wird — natürlich aus purer Verantwortung — ein akademisches Salem gründen wollen.

Komisch? Nein, warnend! Denn solange sich die Reformer im akademischen Bereich auf derart zweifelhaften Bahnen bewegen und an den eigentlichen, nach Reform geradezu schreienden Objekten vorbeigehen, wird man niemals das erreichen, wonach sich so mancher sehnt: eine moderne, nicht gegen die Entwicklung, sondern an der Entwicklung orientierte Universität.

Aber nicht nur der Tatbestand kann das darob von gräßlichen Visionen heimgesuchte Gemüt erregen und zur Kritik reizen, sondern ebensosehr die Art und Weise, in der die betreffenden Institutionen über die mitten ins studentische Leben greifenden Belange und Maßnahmen in schöner Selbstherrlichkeit bestimmen. Den Herren im Gründungsausschuß, die diesen zweifelhaften Wohnheimplan — man möchte zu ihren Gunsten annehmen — wider besseres Wissen ausgeheckt haben, scheint die überall geübte Praktik der beratenden und mitbestimmenden Funktion des Partners nicht bekannt zu sein, oder scheuen sie die Auseinandersetzung mit den Studentenvertretern? Vielmehr begab man sich in Klausur, beriet und plante über die Köpfe der eigentlich „Betroffenen" hinweg, um dann in dem erhebenden Bewußtsein, etwas Großartiges geleistet zu haben, mit dem fertigen Plan an die Öffentlichkeit und vor die Studenten zu treten.

Mein Gott, welch autoritäre Färbung zeigt sich am freiheitlichen Himmel über unseren Universitäten! Glauben die beteiligten Herren Professoren wirklich, man könnte Studenten wie Kinder behandeln, die alles widerspruchslos hinnehmen, was die „Großen" verfügen? Bestimmt nicht, und deswegen wird der Gründungsausschuß mit dem scharfen Widerspruch der norddeutschen Studentenschaft zu rechnen haben, die auf ihrer nächsten Tagung die Bremer Wohnheimkonzeption ausführlich beraten wird.

Hoffen wir nur, daß die Mitglieder des Gründungsausschusses zur Vernunft kommen, und Studenten zur Beratung hinzuziehen, bevor Unsinn zu Stein wird, an dem sich Generationen von Studenten im höchsten Zorn die Zähne ausbeißen werden! oooo

Persilschein für Südafrika

Die Südafrikanische Republik kam in der Bundesrepublik wieder einmal kurzfristig ins Gespräch. Franz Josef Strauß sorgte dafür. Der christlich-soziale Politiker aus Bayern tat einige bedeutsame Äußerungen, die Ministerpräsident Verwoerd und seinen Apartheids-Mitkämpfern wie Öl heruntergelaufen sein mögen. Besucher aus Westdeutschland haben (anders als die aus den USA) selten den Unwillen Südafrikas erregt, man erinnere sich an die Worte Heinrich Lübkes in Johannesburg, der Verwoerd versicherte, hier wisse er das Rassenproblem in guten Händen. Strauß ging sogar noch etwas weiter. Er sei beeindruckt von der hohen religiösen moralischen Verantwortlichkeit der südafrikanischen Politiker, betonte der Vorsitzende der CSU.

Franz Josef Strauß versprach dem Verwoerd-Regime, er werde als Führer einer christlichen Partei dafür sorgen, das verzerrte Bild Südafrikas richtigzustellen. Er ist noch nicht dazu gekommen.

Die Zeit, sich mit Südafrika zu befassen, nahm sich ein anderer, nicht ganz so bekannter Mann, nämlich der „stellvertretende Hauptschriftleiter" der „Celleschen Zeitung" (Niedersächsische Nachrichten/unabhängig/überparteilich) in Celle, Werner Mühe. Er sagte seinen Lesern in einem längeren Kommentar, was es mit der Apartheids-Politik in Südafrika auf sich habe. Sein Machwerk, das am 16. April dieses Jahres in der „Celleschen Zeitung" erschien, enthält nicht minder kühne Thesen als die Strauß von sich gab.

Farbige mit Jeckreis

Unter der Überschrift „Südafrika — letzte Wagenburg der Weißen" gibt sich Mühe Mühe, zu beweisen, daß die Eingeborenen Afrikas für Freiheit und Demokratie noch lange nicht reif seien. Das liest sich so: „Was besonders hier (gemeint ist der Kongo. Red.) der Welt als „Freiheit" und ‚neue Ordnung' demonstriert wurde, das konnte jeden Beobachter nur zum Erschaudern bringen. Zu Hunderten und Tausenden wurden Weiße gefoltert und getötet, im wahrsten Sinne des Wortes erbarmungslos abgeschlachtet und zerstückelt. In die Todesschreie gequälter Frauen und Kinder mischten sich die wilden Kriegsrufe der Steppe und des Urwaldes und der Haßgesang aufgeputschter Negerstämme, die sich auch gegenseitig die blutigsten und erbittertsten Vernichtungsschlachten lieferten, und alte Stammesfehden, die man schon längst vergessen glaubte, mit Buschmessern und Maschinenpistolen bis zum letzten Mann austrugen."

Jetzt kommt's knüppeldick, denn Werner Mühe zieht das Fazit: „Immer wieder zeigt sich, wie d ü n n jener Firnis der Zivilisation ist, der in weiten Teilen Afrikas die schwarzen Leiber der Eingeborenen bedeckt. Wird er abgekratzt, dann kommt jenes wilde Tier zum Vorschein, das unsere weitab vom Schuß sitzenden humanitätstriefenden Weltverbesserer aus dem Lager der Linksintellektuellen noch immer nicht wahrhaben wollen."

Gehetzte Demokratie

Nachdem Mühe den Amerikanern und der UNO noch eins ausgewischt hat, ist er endlich bei seinem Thema. „Wo gibt es in Afrika eine echte Demokratie?", fragt er in einer Zwischenüberschrift, und die Antwort lautet natürlich: in Südafrika. „Ruhender Pol im unruhvollen Gewoge Afrikas ist noch immer der vom Atlantik und dem Indischen Ozean umspülte Süden des Kontinents" . . .

Mühe macht sich aber nicht die Mühe, den Beweis für die Demokratie in seiner vom Atlantik und dem Indischen Ozean umspülten ruhenden letzten Wagenburg der Weißen zu erbringen. Er beklagt sich nur bitterlich über die „systematische Hetze der Presse" gegen dieses Land. Die Welt werde von „gewisser Seite" systematisch falsch und tendenziös über Südafrika unterrichtet.

Wer mag bloß die „gewisse Seite" sein? Mühe entlarvt sie nicht direkt, aber es werden wohl die „humanitätstriefenden Linksintellektuellen weitab vom Schuß" sein.

Auch das noch!

„Auch das noch!", schreit Mühe gequält in einer weiteren Zwischenüberschrift auf. „Auch das noch: Göttinger Anti-Apartheid-Komitee". Studenten der Georgia Augusta hatten kurz zuvor ein Komitee gegründet, das die akademische Jugend zu Aktionen gegen Südafrika, vor allem gegen die Politik der Rassentrennung aufrufen will. Mühe meint dazu: „Daß die Göttinger Wirrköpfe, die Südafrika nicht aus eigener Anschauung kennen, denn sonst müßten sie, wenn sie ehrlich wären, zu einer anderen Meinung kommen, sich des Schlagworts von der ‚Rassendiskriminierung' bedienen, entspricht etwa dem, was Pankow unter ‚Bonner Faschisten' und ‚Kriegshetzer' versteht."

Mit „Hände weg von Südafrika" beschließt Werner Mühe seinen Kommentar, in dem er auch noch auf den überzeugenden Wahlsieg Verwoerds eingeht, dessen Apartheid-Politik er als „selbstverständliches Ergebnis klarer Vernunft und nüchterner Logik" bezeichnet! (Man informiere sich über das Wahlgesetz.)

Ohrfeigen und Pressefreiheit

Das Anti-Apartheid-Komitee bedankt sich bei Herrn Mühe für die erwiesene Aufmerksamkeit in einem persönlichen Schreiben. Es meint — taktisch unklug, aber durchaus verständlich —, auf Mühes Argumente im einzelnen einzugehen wäre dumm und würde wohl nicht lohnen. In dem Brief wird Werner Mühe zu einer Südafrika-Woche eingeladen, die das Komitee vom 15. bis zum 22. Mai zusammen mit der South African Students' Union in Germany veranstaltete. Er wird gebeten, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen, zu der unter anderen ein Vertreter der Deutschen Afrika-Gesellschaft e. V., der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft und des Rheinischen Merkurs eingeladen sind. Mühe erscheint nicht.

Am 7. Mai schickte das Anti-Apartheid-Komitee den Brief ab, am 25. Mai — die Südafrika-Woche ist vorbei — antwortet Mühe mit einem bitterbösen Kommentar in der „Celleschen Zeitung". Er donnerte los:

„Während an der Zonengrenze . . . die Schüsse der Kerkerwächter Ulbrichts krachen, die rücksichtslos das Feuer auf alle Deutschen eröffnen, die nur von einem Deutschland ins andere wollen — inzwischen sind dort rund 140 Menschen erbarmungslos verblutet —, während . . . in den Zuchthäusern der Zone mehrere tausend politische Häftlinge lange Strafen . . . verbüßen, nur weil sie gegen das kommunistische Gewaltregime aufbegehrten, mißbrauchen politische Wirrköpfe in der Bundesrepublik die Rechte des freien Bürgers, um für die Freilassung rechtmäßig verurteilter schwarzer Terroristen und Agenten des Weltkommunismus in Südafrika zu demonstrieren." (Die Wirrköpfe sind — wir erinnern uns — die Mitglieder des Göttinger Anti-Apartheid-Komitees, Terroristen Südafrikaner wie der farbige Dr. Alexander, der in Tübingen promovierte.)

In diesem Tonfall geht es weiter. Vom Brief des Komitees druckt Mühe nur den ersten Absatz ab und mokiert sich darüber, daß seine Argumente für „zu dumm" gehalten werden.

Er meint schließlich, dem Komitee eine — „freilich nur geistige" — Ohrfeige nicht ersparen zu können. Der Zufall wollte es, so schreibt er, daß zusammen mit dem Brief aus Göttingen ein Brief aus Südafrika eingetroffen sei. Und den gibt er im Faksimile voll wieder. Eine Frau Schmidt, Familie 3. Generation in Südafrika, bedankt sich in überschwenglichen Worten für den Artikel „Südafrika — letzte Wagenburg der Weißen". Mit ihm habe sie den Glauben an die deutsche Pressefreiheit wiedergefunden . . .

Werner Mühe wendet sich, triumphierend ob dieser Bestätigung, mit erhobenem Zeigefinger an das Anti-Apartheid-Komitee und mahnt sie: „Erst informieren, dann urteilen!" Er hat es für seinen „Wagenburg-Artikel" auch so gemacht. Seine Informationsquelle (er gibt sie an): der Leiter des Informationsamtes der südafrikanischen Regierung.

Noch ein Brief

Auch „auditorium" geriet zufällig an einen Brief aus Südafrika. Dieser schildert, was passiert, wenn ein — in diesem Fall weißer — Bürger der Südafrikanischen Republik mit dem sogenannten Moralitätsgesetz in Konflikt gerät. Das nachstehend geschilderte Erlebnis eines jungen Südafrikaners zeigt besser als jeder Kommentar, als jede abstrakte Kritik, wie es um die „religiöse und moralische Verantwortung" des Verwoerd-Regimes bestellt ist, wie das „selbstverständliche Ergebnis klarer Vernunft und nüchterner Logik" in Wirklichkeit aussieht. Aus verständlichen Gründen können Name und Adresse des Briefschreibers nicht genannt werden. Sie sind der Redaktion bekannt.



„Wir haben allen Grund zu glauben, daß Sie tatsächlich mit SCHWARZER Tinte auf WEISSEM Papier geschrieben haben . . . !"

Johannesburg, 8-7-66

„Liebe Barbara, sicherlich wirst Du überrascht sein, von mir einen Brief zu erhalten. Aber laß mich mein langes Schweigen erklären. Eigentlich ist es mir unangenehm, noch einmal daran zurückzudenken.

Wie Du selbst weißt oder wie ich Dir wohl schon mitgeteilt hatte, wird hier scharf auf die Apartheid geachtet. Ich hatte Pech in dieser Angelegenheit.

Es war am xxx, wo ich ein Mädchen getroffen hatte (abends auf dem Heimweg), welches ich flüchtig kannte. Niemals hatte ich mehr wie 5 Worte mit ihr gesprochen. Nur an diesem Abend war es ein bißchen regnerisch und so bot ich ihr an, sie nach Hause zu bringen. Als ich sie fragte, wo sie wohne, sagte sie mir, sie wohne im Coloured-Wohnviertel. Von diesem Augenblick an hatte ich erst gewußt, daß sie eine Farbige war. Allerdings ist ihre Haut so weiß wie von jedem anderen europäischen Mädchen.

Ich wollte nun nicht sagen, daß es mir zu gefährlich wäre, dort hinzufahren und fuhr mit ihr dorthin. Wie es der nette Umstand wollte, wurde ich dort angehalten durch eine CID-Controlle und nach meiner Identy-Card gefragt. Auch ihre Card wurde verlangt und so war alles fertig für eine Anklage auf Immorality.

Nach 48stündigem Verbringen auf der Polizeiwache wurde ich dem Richter vorgeführt. Auch das Mädchen mußte erscheinen. Der CID-behauptete, daß sie mich längere Zeit beobachteten und ich mit dem Mädchen Verkehr hatte. Gegen diese gemeine Lüge konnte ich nicht gegen an. Ich war fix und fertig, wie ich das hörte. Und ich schwöre, daß es das erste Mal war, wo ich dieses Mädchen im Wagen nach Hause fuhr. Bis auf das Händeschütteln war ich nie mehr mit ihr in Berührung gekommen. Nun ich konnte nichts als Gegenbeweis bringen, und sie wurde als Nutte gestempelt. Farbige sind hier „2nd-Class"-Menschen und haben nichts zu sagen.

Nachdem der Magistrate mit schweinischen Fragen fertig war, ging die alte Sau zum Essen. Nach dem Lunch wurde dann das Urteil gesprochen. Da ich keine Vorstrafen hatte und einen Beruf habe, der im Land benötigt wird, wurden mir 3½ Monate Farmarbeit aufgehängt, und sie hatte 3 Monate, wo, weiß ich nicht. Nach dem Urteil wurden mir Handclips angelegt wie einem „Verbrecher".

Die Strafarbeit fing gleich nach dem Urteil an. 2 Tage später wurde ich zu einer Farm im Busch gebracht, 200 km von Johannesburg entfernt. Auf der Farm konnte man frei herumlaufen, durfte aber nicht fliehen.

Es waren keine Chancen, um zu entkommen. Alle, die geflüchtet sind, kamen nach 5—6 Stunden als Gefangene zurück. Dann bekommt man für die Flucht 180 Tage mehr und 21 Tage „Bombay". Bombay heißt Dunkelzelle und zweimal am Tage Reiswasser als Verpflegung. Außerdem läuft man einen Monat mit Fußketten herum. Eine andere Strafe ist „Lashes". Lashes sind Stockhiebe, wobei man nackend auf ein Gerüst gespannt wird.

Für mich ist sowas zum Glück nicht in Frage gekommen. Ich hatte ein gutes Leben dort und habe 8 Pfund zugenommen. Andererseits bin ich froh, alles vergessen zu können.

Dein Brief vom . . .

Herzliche Grüße, Fred"

Siebo Hagena



Jacopettis Afrika-Alptraum

Böse Nigger — arme Weiße

„Sehen Sie sich mal ‚Africa Addio' an, dann wissen Sie, wie es bei denen zu Hause zugeht", sagte ein Hamburger Student zu einer Schlägerei zwischen Deutschen und Nordafrikanern. Ich nahm den Rat an und kam stinkböse aus dem Kino. Böse war ich nicht auf die Farbigen, sondern auf den Regisseur und auf den Kommilitonen. Wenn schon studentisches Bewußtsein nicht gefeit ist gegen derartig plumpe und verlogene Propaganda, kann man nur mit Schrecken daran denken, wie dieser Film auf andere Konsumenten wirkt. Er läuft seit fünf Wochen. Der Regisseur Jacopetti ist kein Anfänger, er beglückte uns schon mit „Mondo Cane" und ähnlichen Streifen. Waren diese, trotz ihrer Dummheit, noch relativ harmlos und trat ihre Ideologie noch nicht offen zutage, so ist „Africa Addio" genau das Gegenteil. Die Dummheit ist geblieben, hier wird sie jedoch gefährlich. Sie unterstützt die mehr oder weniger [illegible] men und grausamen Nigger.

Der Film hat eine makabre Vorgeschichte. Sein Regisseur stand in Italien vor Gericht. „Mord auf Bestellung" wurde ihm vorgeworfen. Er habe Erschießungen inszeniert. Jacopetti rechtfertigte sich: Die Leu[illegible]

Manche Szenen hatte er außerdem [illegible] Statisten nachgedreht. Er bekam den Film frei.

In der Bundesrepublik lief der Film ohne ernste Schwierigkeiten an, obwohl er, wie schon Uwe Nettelbeck in der „Zeit" bewies, nach der Satzung der Freiwilligen Selbstkontrolle hätte verboten werden müssen. Dort heißt es: „Kein Film soll Themen, Handlungen oder Situationen darstellen, die geeignet sind, ... entsittlichend oder verrohend zu wirken, antidemokratische, militaristische, imperialistische ... oder rassenhetzerische Tendenzen zu fördern." Es dokumentiert sich die Haltung unserer Filmprüfer: lieber fünfzig abgehackte Hände freigeben als die unbedeckte Brustwarze einer weißen Frau.

Bei seinem zweijährigen Aufenthalt in Afrika hat Jacopetti mit seinen Kameraleuten [illegible] „Daraus entstand", so die Kleinarbeit, ein Film von großartiger, bedrückender Wahrheit" — so das Programmheft.

Von Beginn an ist „Africa Addio" ungemein [illegible] die weiße Kolonialregierung [illegible] en afrikanischen Staat. Die [illegible] zeigt die Zeremonien in einer Kirche. Großaufnahme: weiße Frau singt ein christliches Lied. Schnitt: schwarzer Redner bei einer Versammlung, die Gesichtszüge [illegible] Nahaufnahme: Mund des Redners, der Ton [illegible] nen Gesichter der Umstehenden, ein Zahnloser, ein Schielender, einer spuckt, aus dem Hintergrund Geschrei („Und so was [illegible] die Unabhängigkeit bekommen", denkt sich schaudernd der Bundesbürger.) D[illegible] der Kommentar: „Europa hat mehr gege[illegible] ge Kind, wird von uns gerade in dem Augenblick verlassen, in dem es uns am me[illegible]

[illegible] er schwarze ... oder de[illegible] in dull. „Ein lanter[illegible] wird vom ... [illegible] der Sprecher und meint damit, wie schön und glücklich konnten die Menschen in der Kolonialzeit leben. Daß dieses Glück nur die Weißen hat[illegible]

Man sieht sie dann, diese glorreichen Zeiten: Weiße farmen auf der Hatz über grüne Hügel und Wiesen, wie in merry old England, ein Bild des Friedens. Gleich danach die letzten Mau-Mau-Prozesse. Ein Angeklagter nach dem anderen wird in der Gerichtssaal geführt. Sie haben weiße Farmer ermordet, ganze Familien und de[illegible] Tode gequält. Sie werden ve[illegible] Die Weißen verlassen das Land. Die Mau-Mau übernehmen unter de[illegible] die riesige Blumenpracht vor einem ve[illegible]nen Farmhaus um. (Der deutsche [illegible] schockiert gerade noch [illegible] diese Leute sind und dafür werden sie noch belohnt. „[illegible] muß es ja drunter und drüber gehen", denkt er sich.) Es folgt kein Wort der Erklärung. Niemand erzählt, daß in der Unterdrückung durch die Weißen der Grund für die Verbrechen der Mau-Mau zu suchen ist und daß diese somit Reaktionen sind auf ein viel größeres Verbrechen, den Kolonialismus.

Jacopetti breitet fast nur Filmmaterial aus der [illegible] Gebieten Afrikas aus, und das scheint er noch [illegible] zu haben. Städte sind oft nicht zu sehen, Staaten, deren Entwicklung normal verlief, werden übergangen. Dieses Bild Afrikas entspräche einem Film über die Bundesrepublik, der sich auf Barackenviertel [illegible]

Eingeborene, die mit Speeren einen Büffel erlegen, und schießwütige weiße Touristen, die per Hubschrauber auf Elefanten Jagd machen, sind für Jacopetti dasselbe. Daß [illegible] und die anderen sich einen Sport machen, ist ihm egal. Die Hauptsache ist, es geht schön grausig und blutig zu. Die Leinwand wird zur Schlachtbank für Büffel, Gazellen, Elefanten, Nilpferde ... Menschen. Immer wieder Blut, verwesende Kadaver und Gerippe. („Guck Dir das bloß an!" sagt der Mann eine Reihe vor mir dreimal zu seiner Frau und ist wirklich erschüttert.) Dazu philosophiert wird vom Kommentator die Prophetie in Halbschuhen: „Nur ein Wesen beweist immer wieder, wie grausam es ist — der Mensch. Das schädlichste aller Tiere — der Mensch." Was muß doch [illegible] wenn man sich überlegt, wie viele Leichen er für seine Kameraeinstellungen produziert.

Mindestens genauso „spannend“ wie die Jagd auf Wild ist die Jagd auf Menschen. Der Zuschauer kann keinen Unterschied sehen. Ob blutige Elefantenköpfe oder abgehackte Menschenhände, ob Nilpferdkadaver oder Wasserleichen, ob Gazellenjagd oder Rebellenjagd — alles stürzt auf den Betrachter ein, alles ist auf derselben Ebene.

Man erfährt, daß die Portugiesen in Angola [illegible] über Schwarz und Weiß hinweg alle zu gleichberechtigten Portugiesen machen wollen. Gehindert wurden sie durch den Rassenhaß der Eingeborenen. (Der Kinobesucher glaubt das!) Man erfährt, daß ein besonders grausamer Politiker aus Sansibar in Moskau geschult wurde. („Dacht ich's mir doch“ sagt sich der Zuschauer zähneknirschend.) Man hört, daß „das Schicksal der Buren von tragischer Größe“ sei. Man sieht Tschombe als Retter des Vaterlandes und seine berüchtigten Söldner als eine bunte, malerische und eigentlich ganz sympathische Truppe. Man darf sogar miterleben, wie sie eine Stadt von „schwarzen Massenmördern“ „befreien“. Sie „retten“ ständig. Ein Beispiel für die unterschwellige Suggestion des Films: In einem Kloster, das sie von bösen Terroristen gesäubert haben, schreiten sie auf eine Christusstatue zu, die sie mit offenen Armen empfängt.

Inzwischen hat im Zuschauerraum auch der Letzte begriffen, was er begreifen sollte: Überall, wo die Eingeborenen losgelassen worden, ist das Chaos. Aber Jacopetti zeigt auch das „Wunder, das zwischen dem Provisorischen und dem Ewigen ruht“:

AFRIKA ADDIO

Und so weg [illegible]

nämlich die Südafrikanische Union. Kaputt [illegible] vom Flugzeug aus [illegible] Ruhe und Frieden. „Wie herrlich“, denkt sich der Zuschauer. [illegible] Musik ist getragen, fast triumphal. Blonde Mädchen laufen in Zeitlupe über den Strand oder schaukeln [illegible] mit wehenden Haaren im Wind. Der [illegible] im Parke [illegible] sich über das bißchen Sex und erschauert bei dem Gedanken, daß diese hübschen [illegible] den [illegible] Negern [illegible] die Hände [illegible] kommen [illegible]. [illegible] wundert sich, was manche Leute gegen die Südafrikanische Union [illegible].

Mit dem Gebet des weißen Südafrikaners endet der Film. Meereskulisse, endloser Sonnenuntergang, Edelkitsch, Musik nach Hollywood-[illegible] der [illegible] ein [illegible] Frieden, der vorherrscht [illegible].

Da verschlägt es dem kritischen Kinobesucher endgültig die Sprache. [illegible]

Neger sind [illegible] böse, dumm und grausam. Am grausamsten sind diejenigen, die [illegible] geworden [illegible] sind [illegible] in Afrika.

Zu Kolonialzeiten war alles viel besser. [illegible] dem es [illegible] zugeht: die Südafrikanische Union.

So besteht die Gefahr, daß Jacopetti zur Zeit einen Film vorbereitet, etwa unter dem Titel „Good by Südamerika“. Für diesen Fall [illegible], daß er den letzten Kannibalen am Amazonas zum Opfer [illegible] wird. Vielleicht kann einer seiner Kameramänner die Szene filmen. Ich wäre ihm dankbar.

Rolf Schulte

Weh' dem, der altert . . .

Gleich vorweg, es geht nicht um Kritik an der Tarifpolitik der Bundesbahn. Wenn ein Unternehmen versucht, aus den roten Zahlen herauszukommen, so ist dagegen wenig einzuwenden. Vielmehr dreht es sich um die Haltung der Bundesregierung und der Regierungspartei, man möge mir das Übergehen des Koalitionsumhängsels verzeihen, zur Frage des sogenannten Bildungsnotstandes.

Für dieses Thema reservieren Tageszeitungen ganze Seiten, die Öffentlichkeit diskutiert darüber, der Wissenschaftsrat verfaßte Empfehlungen, aber richtig aktiv wurde bisher erst, kleine Ausnahmen abgesehen, die von der Regierung offenbar beauftragte Bundesbahn. Wie der CDU-Abgeordnete D. Hammans am 4. 5. 66 im Bundestag erklärte, rückte die Bundesbahn den ewigen Studenten und Bummelanten durch die Festsetzung eines Höchstalters von 27 Jahren zu Leibe. Erstmalig erkannte sich jemand für kompetent zu entscheiden, wie das Hochschulproblem zu lösen sei. Die Erwartung von zu Buch schlagenden Mehreinnahmen dürfte bei durchschnittlichen Rechenkünsten wohl kaum zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Es wäre nun Aufgabe der Bundesregierung bzw. der auf ihre Kulturhoheit bedachten Länder gewesen, hier einzugreifen, um einerseits der Bundesbahn bei der Verkleinerung ihres Defizits zu helfen, andererseits aber, um den Studenten über 27 Jahren auch weiterhin die Ermäßigung zu gewähren. (Warum erhalten Studenten eigentlich Ermäßigungen? Nur weil sie gleich nach der Schule studieren?) Statt dessen tat sich nichts. Als einige Abgeordnete daraufhin Anfragen an die Bundesregierung richteten, wies diese durch den Staatssekretär vom Bundesministerium für Verkehr Dr. Seiermann darauf hin, daß Studentenermäßigungen in den Kompetenzbereich der Länder fielen und abgesehen davon eine Tariferhöhung unumgänglich gewesen sei. Damit hoffte die Bundesregierung den Schwarzen Peter los zu sein. Auf eine Anfrage des AStA Hamburg antwortete das Bundesfinanzministerium, daß die Bundesregierung auf die Tarifpolitik der Bundesbahn auf Grund der Verkehrsnovellen vom 1. 8. 61 keinen unmittelbaren Einfluß ausüben könne. Nun würde erstens den Studenten mit eben diesem Einfluß bereits genügen und zweitens wäre es interessant zu erfahren, wo die Regierung oder wenigstens ihr [illegible] ed[illegible] [illegible] als die Bundesbahn [illegible] Tar[illegible] de[illegible] Bundesm[illegible] [illegible]rium für Verkehr zur Genehmigung vorlegte. Wie stand es damals mit dem Ein[illegible]?

Was tat denn nun die Regierungspartei? Am 2. 6. 66 brachte die CDU-CSU-Fraktion im Bundestag einen Antrag ein, der für ehemalige Bundeswehrsoldaten die Heraufsetzung der Altersgrenze um 18 Monate vorsah, und die Aufhebung dieser Begrenzung für Studenten des zweiten Bildungsweges und für Personen, die eine Berufsumschulung vornehmen müssen.

Was bedeutet nun dieser lobenswerte Vorschlag aber auf der anderen Seite?

1. Die Beibehaltung der willkürlichen Begrenzung des Studentenhöchstalters auf 27 Jahre ohne neue Begründung.

2. Gleichsetzung von Bummelanten mit

Studenten der Naturwissenschaften,

Doktoranden,

[illegible] mit längerer [illegible]

Ausländischen Studenten,

Studenten, deren Fachrichtung besondere Vorstudien erfordern (z. B. Hybrid[illegible])

Die Tariferhöhungen tragen weiterhin die Schüler und Studenten.

Immerhin empfahl der Initiator dieses Antrags, Herr Dr. Hammans, die generelle Aufhebung der Altersgrenze, wenn, und jetzt beachte man die Gewichtigkeit des Arguments, es sich aus „verwaltungstechnischen" Gründen für zweckmäßig erweise.

Es bleibt uns nur zu hoffen, daß der SPD-Antrag vom 5. 5. 66, der die Aufhebung der Altersgrenze und des neuen Tarifs für Studenten fordert, angenommen wird. Ei-



ne Hoffnung braucht ja nicht unbedingt wahrscheinlich zu sein.

Guter Rat des Herrn Staatssekretärs Dr. Seiermann für alle Studenten über 27 [illegible]:

„Es bleibt Ihnen unbenommen, statt der Studentenmonatskarte (z. B. Hamburg — Lübeck früher 25,40 DM) eine normale Ermäßigung, wie die Arbeitermonatskarte (z. B. Hamburg — Lübeck heute 84,— DM) zu beantragen."

Vielen Dank! H

Nach Redaktionsschluß:

Ergebnis der Wahlen zum Studentenparlament der Universität Hamburg.

Wahlbeteiligung

[illegible] 92 %

[illegible] 39,36 %

WiSo 3[illegible],89 %

Medizin/Zahnmed (Vorklinik) 52,61 %

Medizin/Zahnmed (Klinik) 50,25 %

Philosophen (ohne Päd.) 37,03 %

Pädagogisches Institut 47,30 %

Naturwissenschaften: Wahl wird nachgeholt, da keine Kandidaten zur Verfügung standen.

Mathematiker, Physiker [illegible] %

Die Wahlbeteiligung betrug 40,074 %

Deutscher Geist auf Reisen



Jahrlich fahren tausende deutscher Studenten zum Studium ins Ausland. Im allgemeinen gibt es wenig über ihr Auftreten und Verhalten zu klagen. Auch viele Professoren unternehmen sogenannte „Forschungsreisen". Von einer solchen Reise soll dieser Bericht handeln.

Herr Professor B., sein Name tut nichts zur Sache, ordentlicher Professor des Rechts an einer süddeutschen Universität und einer der führenden Vertreter seines Fachgebiets, hatte eine Einladung an eine große, weltberühmte Universität in den Vereinigten Staaten erhalten. Wie er selbst zugab, waren seine Englischkenntnisse „dürftig", viel zu dürftig, um in den Staaten selbst Forschung betreiben oder Vorlesungen halten zu können. Nun, wer möchte nicht Amerika sehen und befreundete Professoren besuchen oder neue Freundschaften schließen? So weit, so gut. Solch eine Reise muß finanziert werden und der Geldgeber wünscht einen sichtbaren Erfolg. So wurde eine Gastvorlesung an der amerikanischen Universität geplant, in englischer Sprache, versteht sich. Vorbereitungen dafür hatte Professor B. nicht getroffen. Er beherrschte sein Gebiet und verfaßte, in den USA angekommen, eine kurze Abhandlung über sein Thema, in deutscher Sprache, versteht sich. Diese gab er einem betreundeten Professor der Universität, einem deutschen Emigranten, der sich um eine Übersetzung bemühte. Da dieser anschließend meinte, das Übersetzte klinge noch immer nicht so recht „englisch", wurde noch ein dritter Professor gefragt, der dem Vortrag den letzten sprachlichen Schliff gab. So konnte das Wagnis beginnen. Der größte Hörsaal der Fakultät stand bereit.

[illegible] als Zuhörer waren drei Professoren [illegible] und vier deutsche Studenten, die an der Universität studierten, und die persönlich eingeladen worden waren. Vorstellung [illegible] Gastes, anerkennende Worte für seine wissenschaftliche Leistung, Hinweis auf [illegible] verbindende Kraft von inter[illegible] dem Wissenschaftleraustausch. Dann [illegible]

Professor B. entfaltete das so sorgfältig bereitete Manuskript und begann zu lesen [illegible] (man lese die folgende [illegible] über [illegible] ausgesprochen [illegible] englisch [illegible] Streiks [illegible] wenn ein Hinweis auf die Gefährlichkeit von Streiks in Deutschland gemeint war. Das erfaßten aber nur intime Kenner der deutschen Sprache. Die amerikanischen Zuhörer saßen mit höflich nichtssagender Miene auf ihren Bänken. Privat gestanden sie später, nichts verstanden zu haben. Die deutschen Studenten schwankten zwischen dem Ge[illegible] die Situation [illegible] zu lachen, so komisch [illegible] die Situation. Zwei von ihnen bissen sich Zunge und Lippen blutig, um dem Lachreiz zu widerstehen.

Schon nach zehn Minuten war diese Qual beendet. Worte des Dankes für den Vortrag und Einleitung der anschließenden Diskussion. Die amerikanischen Professoren begannen, „abzuwandeln", einige Studenten stellten Fragen. Sie wurden übersetzt und Professor B. antwortete selbst bewußt in einem Kauderwelsch aus [illegible] gemischt mit englischen Brocken. Unverständnis auf seiten der Zuhörer. Höflich erzogen, wie die Amerikaner sind, wurden dennoch weitere Fragen gestellt, bis die peinliche Stunde zu Ende ging. In der letzten Frage wollte ein Student [illegible] das Fachgebiet Pro[illegible] der Stimme antwortete Professor B. [illegible] die Peinlichkeit der Situation [illegible] so bemerkte er auch nicht die [illegible]

Dieses war nicht der erste Auftritt Professor B.'s in Amerika. Zwei oder drei Jahre vorher hatte er schon einmal an der [illegible] weilt, ein ganzes Se[illegible] Die Phantasie reicht nicht [illegible] die damals, mit noch geringeren Sprachkenntnissen, entstanden sein mögen.

Nicht ohne Recht könnte man freilich einwenden, die Gastvorlesung sei sicher nicht eigenem Wunsch Professor B.'s [illegible] menschliches Übel einer akademischen Reise.

Wie trat Professor B. nun im übrigen auf? Es sei nur berichtet von einem Essen, das die Fakultät für ihn gab. Die Gespräche beschränkten sich selbstverständlich nur auf die deutschsprachigen Teilnehmer. Auch hier ließ Professor B. es an der Zurückhaltung und Bescheidenheit missen, die von einem ausländischen Gast in seiner Situation wünschenswert gewesen wären. Erwähnt sei nur der Gesprächsteil, der sich auf einen ehrwürdigen, an der amerikanischen Universität lehrenden jüdischen Emigranten bezog. Dieser war schon in den dreißiger Jahren eine Berühmtheit gewesen und hatte seinen Weltruhm auch nach seiner Emigration in die USA weiter ausgebaut. Bei Erwähnung dessen Namens wußte Professor B. nur zu berichten, daß er die Theorien des berühmten Emigranten nie verstanden habe.

Ein amerikanischer Professor meinte vorsichtig: „Aber das haben Sie dem alten Herrn doch nicht gesagt?" „Doch, doch, natürlich habe ich das." Und er fuhr fort, der jüdische Emigrant habe ihm einmal erzählt, daß ihm bei seiner Flucht aus Deutschland ausgerechnet ein alter Nazi geholfen habe, sonst niemand. Es war sein alter Hausmeister gewesen, der die Juden zwar verachtete, aber „seinem" Professor doch bei der Abreise helfen wollte. So witzig diese Anekdote sein mag, so verfehlt und geschmacklos wirkte sie an dieser Stelle und aus dem Munde eines Professors, der selbst im „Dritten Reich" nicht gerade Widerstand geleistet hatte.

Das Auftreten Herrn Professor B.'s in Amerika ist sicher ein Einzelfall. Aber ist es nicht auch als solcher alarmierend? Wie schon gesagt, Professor B. gilt in Deutschland als Kapazität in seinem Fach.

Wolf Kroll

Hilfe, ich bin unterwandert!

Neulich passierte mir etwas Entsetzliches. D. h. ich merkte zuerst gar nichts davon, aber als ich dann Zeitung las, wurde mir klar, in was ich mich hineingeritten hatte. Und das kam so.

Vor einigen Tagen hieß es, Gleichgesinnte träfen sich abends zu einer Demonstration gegen die amerikanische Vietnampolitik. Da ich mich gleichgesinnt fand, ging ich also hin. Konnte ich ahnen, was mir passieren würde? Mußte ich denn voraussehen, was ich jetzt weiß? Daß der Staatsfeind Nr. 1 mich mißbrauchen, aufputschen und verführen würde, etwas zu tun, was natürlich niemals meine eigene Meinung sein konnte? Aber über dem Entsetzen schweife ich ab.

Es ging ja auch ganz friedlich los, obwohl man natürlich auf den ersten Blick hätte erkennen können ... aber davon später. Wir marschierten los. Hamburg ist bei schönem Wetter herrlich zum Spazierengehen. Die vielen Bäume und Gärten in den kleinen Straßen. Viele Menschen sahen uns zwar nicht, aber die gute Luft, die Ruhe und das schöne Wetter wogen das alles mal auf. Und wie freundlich die Polizisten waren. Richtig Freund und Helfer. Dankbare Gefühle hätten wir hegen müssen. Und was kam statt dessen? Na ja, wir hören noch davon. Und dann die Abschlußkundgebung. Da habe ich ein bißchen gebuht, weil die Sprecher so arg mit den Amerikanern geschimpft haben, wo die manchmal so nett sind. Damals hatten die gerade Unabhängigkeitstag und feierten eine Party im Konsulat. Und weil darum soviel Amerikaner gerade zusammen waren, dachte ich mir, man sollte sie mal davor warnen, über ihre eigene Freiheit die Freiheit anderer Völker zu vergessen. Jetzt ist mir natürlich klar, wo in dieser Überlegung der Fehler steckte, aber damals erkannte ich ihn noch nicht.

Gott sei Dank gab es aber Leute, die vernünftig blieben und mich vor dem Schlimmsten bewahrten. Sie wässerten mich erst ein wenig, und machten mich dadurch darauf aufmerksam, daß es verboten ist, die Grünanlagen zu betreten. Und als ich glaubte, es sei nicht rechtens, eine Frau, die wegließ, niederzuschlagen, da überzeugten sie mich sehr schnell und wirksam vom Gegenteil. Heute weiß ich, daß diese Frau eine kommunistische Agentin mit Kampfauftrag war. Der Polizist und der Reporter von der Zeitung sahen das sofort. Warum Bierflaschen aus der Botschaft flogen, ahne ich jetzt auch. Da ist doch sicher ein Kommunist von hinten herein und ... Na ja, denen traue ich alles zu.

Aber hätte ich das nicht schon damals erkennen müssen? Muß ich mir denn alles erst von Innensenator Ruhnau oder der Zeitung sagen lassen? Daß an der Spitze des Zuges alte Kommunistenführer marschierten, daß die Leute, die so hetzerische Parolen trugen, wie „Reis statt Napalm nach Vietnam" oder „Frieden und Selbstbestimmung für Vietnam" linksradikale Elemente waren. Geschickt auch wie die Kommunisten die Zeitung „Blinkfüer" verkauften. Mit scheinbar völlig harmlosen Kindern wiegelten sie uns unbemerkt auf.

Um nun meinen sittlichen und moralischen Verfall aufzuhalten, werde ich mit mir sehr streng ins Gericht gehen müssen. Es wird nie mehr randaliert, nur noch argumentiert und nur noch mit staatlich genehmigten Argumenten. Wohin mein Weg sonst führen würde, ich wage nicht, mir das vorzustellen.

Eins aber hält mich aufrecht und flößt mir tiefe Zuversicht ein: der Gedanke an unsere Polizei. Anständig und korrekt, immer hilfreich, aber, wenn es sein muß, auch mit sanftem Zwang hält sie Sicherheit und Ordnung in unserer Demokratie aufrecht. Stets ist sie wachsam, wo Rasen betreten wird, wo jemand falsch parkt oder bei Rot über die Straße geht, kurz sie ist unermüdlich für uns auf der Wacht. Wenn sie auch nicht alles sehen kann, eins — und da können wir in Deutschland ganz sicher sein —, erkennt sie sofort auch in jeder Tarnung, einen staatsgefährdenden Kommunisten. Und durch diesen Gedanken wieder etwas beruhigt, kann ich in Frieden weiter die Platzwunde an meinem Hinterkopf kühlen.

H

So ...

Na, haben Sie sich gut erholt am heißesten Tag seit wer weiß wann? Das Wochenende des 17. Juni ll. bot sich ja geradezu an, einmal so richtig auszuspannen —, wenn Sie es noch könnten. Statt dessen wurde Erholung konsumiert, an der Ostsee z. B., oder war es noch viel mehr eine tier-soziologische Studie, Nachempfindung der räumlichen Verhältnisse von Sardinen in Büchsen?

In diesem Staat kann aus diesem „Gedenktag" geworden sein, was will (ein Feiertag hätte es nicht gerade noch sein dürfen) ... das enthebt doch gelegentlich von der Pflicht, wenigstens einmal im Jahr an die zu denken, die tätige Wiedervereinigungspolitik getrieben haben, als einzige bisher seit 1945. Heute nennt man sie Opfer des 17. Juni, damals sind sie zusammengeschossen worden und ins Zuchthaus gewandert, zu Tausenden. Sehr viele haben mindestens 1960 noch im „demokratischen Strafvollzug über die Taten nachdenken" können, heute sind sie seelisch, mit Sicherheit gesundheitlich, erledigt.

Was geht Sie das an? Fast richtig. Ihnen würde so etwas nicht passieren? Fast richtig. Ganz richtig wird es erst, wenn Sie sagen, daß damals doch bloß ein paar Verrückte unzufrieden waren, die auch ein bißchen Westen bei sich haben wollten. Aber die andern bauten fröhlich am sozialistischen Staat mit, und heute nennt man sie DDR-Bürger, hat gar nichts mehr mit uns zu tun. 17. Juni? Wozu? Wieso? Seit wann?

H. G. Stemmler

... so?

Jedes Jahr vollzieht sich an einem ganz bestimmten Tage eine Demonstration ureigenster Art. Irgendwer hat einmal gesagt, man könne auch mit den Füßen abstimmen, und so ist es vielmehr wohl eigentlich eine Art von Plebiszit. Ich meine den 17. Juni und den kilometerlangen Zug der — zumeist unbewußt — Demonstrierenden gen Ostsee.

In diesem Jahr nun war auch ich dabei. Am 17. Juni an der Ostsee. Jawohl! Und ein ungutes Gefühl, oder wie es in Flugblättern der „Aktion Student für Berlin" hieß: unangenehmes hatte ich auch nicht. Im Gegenteil! Hätte ich mich von dem süßen Gedanken, durch Bäumepflanzerei etwas für die deutsche Einheit getan zu haben, einlullen lassen sollen? Wohl nicht. Hätte ich irgendeinem Forstamt, Gartenbauamt etc. zu einem zusätzlichen Arbeitstag verhelfen sollen? Wohl auch nicht. Hätte ich einer verfahrenen Deutschland-Politik auf irgendeine Weise meine Unterstützung gewähren sollen? Königsberg, Danzig und die masurische Seenplatte zurückfordern, das hohe Lied der tapferen Bauarbeiter singen sollen?

Und so fuhr ich an die Ostsee ... nach Scharbeutz. Obwohl auch ich viel lieber nach Kühlungsborn, Warnemünde oder Stralsund gefahren wäre.

Prof. Schiller sagte vor einigen Jahren, dieser Tag dürfe nicht zur Lüge werden. Er ist es geworden. Und er wird es wohl bleiben, bis daß das Verkehrschaos uns zwingt, den Tag der deutschen Einheit abzuschaffen.

K. Renckstorf

Lektion in Freiheit . . .



für Demonstrierende mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern,



Ein Amerikaner (unteres Bild, mit über die Schulter geworfenem Mantel) grüßte die Demonstranten mit erhobener Rechten und „Heil Hitler"





für Partygäste mit Feuerwerk.

Eine gute Sache

Amnesty International

Amnesty International ist bei uns bedauerlicherweise völlig unbekannt. Es ist eine Organisation zur Befreiung von Gefangenen, die aus politischen oder Gewissensgründen gefangen gehalten werden. Seit über einem Jahr hat diese Organisation eine deutsche Sektion und viele deutsche Gruppen.

Amnesty International wurde am 28. Mai 1961 in London gegründet. Der Vater dieser Idee ist der englische Rechtsanwalt Peter Benenson. Durch die Lektüre von Zeitungen aus verschiedenen Ländern stieß er auf das Schicksal vieler politischer Gefangener. Die Gründe der Inhaftierung erschienen ihm rechtlich so wenig fundiert, daß er glaubte, mit verhältnismäßig geringem Aufwand an Zeit und Geld helfen zu können. Er begann zunächst, in einem Londoner Keller sämtliche Zeitungsnotizen über solche Gefangenen zu sammeln und zu archivieren. Dann schrieb er an Richter, Botschafter, Minister und andere Personen von Einfluß. Das Gewicht dieser Leute gedachte er für sein Anliegen einzusetzen, eine Verbesserung der Lebensumstände politischer Häftlinge oder eine Amnestie zu erreichen. Nach ersten Erfolgen gewann Benenson Mitarbeiter und Protektoren: Amnesty International war geboren.

Man muß sich vor Augen halten: Die autokratische Struktur kleiner oder großer Regimes läßt soviel Spielraum für Justizschikanen. Inhaftierung ohne Haftbefehl, Einkerkerung ohne richterliches Urteil stellen dabei noch verhältnismäßig geringe Übel dar. Allein die Art der Gefangenenhaltung ist in den meisten Fällen so unvorstellbar, daß höchstens Analogien zum Dritten Reich einen Maßstab geben. Wirtschaftliche Abhängigkeit und vor allem Prestigeangst binden diese Regimes aber an das Ausland. Hier liegen genau die Ansatzpunkte, um den Gefangenen des Regimes zu helfen.

Das Rezept der Amnesty International ist vom Prinzip her einfach. In der ganzen Welt werden Dreiergruppen gebildet. „Dreiergruppen" deswegen, weil den einzelnen Gruppen die Betreuung von Gefangenen aus drei verschiedenen Ländern übertragen wird. Dabei wird beachtet: Westliche Länder fallen in die Kompetenz östlicher oder neutraler, östliche in Kompetenz westlicher Länder. Die Erfahrung hat gelehrt, daß beispielsweise Gruppen aus der Bundesrepublik in der DDR überhaupt keine Erfolge erzielen konnten.

Diese Dreiergruppen arbeiten mit Adressenmaterial, das in London zusammengestellt wird. Durch erschöpfende Korrespondenz werden die genauen Umstände, in denen sich der Gefangene befindet, festgestellt. Dann beginnen die Gruppen, sämtliche autorisierten Stellen und sonstige Organisationen, die zu Hilfeleistungen fähig sind, anzuschreiben. Dabei wird natürlich nicht vergessen, den Gefangenen individuell, d. h. mit Sachspenden u. ä., zu betreuen. Der Erfolg: Innerhalb von zwei Jahren wurde in 331 von 861 begutachteten Fällen eine Amnestie erwirkt. Eine ermutigende Bilanz.

Amnesty International besitzt heute Konsultativstatus beim Europarat und bei den Vereinten Nationen. Exponenten des öffentlichen Lebens, wie der Erzbischof von Canterbury, Yehudi Menuhin, der Vorsitzende des Weltkirchenrates u. a. gehören zu ihren Protektoren. Die Zahl der in London lagernden unbearbeiteten Fälle geht jedoch in die Tausende. Mitarbeit tut not. Für Interessenten: Amnesty International, London E. C. 4, 12 Crane Court

Joachim Budde

Presse im Knopfloch

Wachsende Unsicherheit in jung-akademischen Kreisen über den rechten Umgang mit diesem oder jenem der gängigen Presse-Produkte ist uns Anlaß genug, im Folgenden — exklusiv (versteht sich) — die grundlegenden Regeln (in gut handhabbarer Form) zu präsentieren.

Nun heißt es also aufgepaßt, Kommilitonen!

Präambel:

Lassen Sie kein gutes Haar an der „SPRINGER PRESSE" (Pfui Teufel!) (Verdammen Sie sie in Grund und Boden, wie wenn Sie der erste wären, der ein solches Urteil —) Kneten Sie die bloße Vokabel „Springer Presse" auch mimisch dergestalt aus, daß Sie sich bei ihrer Erwähnung bereits an den Kopf fassen, despektierlich ausspeien oder aber einfach resignierend abwinken. Im übrigen ist diese Vokabel nur widerwillig (man muß Ihnen das ansehen können!) aus sich herauszuwürgen bzw. zu pressen. Etwa so, als hätten Sie soeben auf einen mittelgroßen Engerling (o. ä.) gebissen.

§ 1 Lesen Sie täglich (hoffentlich haben Sie aus der Präambel keine falschen, voreiligen Schlüsse gezogen) die Bild-Zeitung.



Aber: Regen Sie sich täglich von neuem auf (siehe oben)!

§ 2 Lassen Sie von Zeit zu Zeit (s. § 5) durchblicken, daß Sie von der „Welt" (die gehört auch Springer — jawohl!) lediglich den — zugegebenermaßen schwachen — Wirtschaftsteil lesen. Werfen Sie den Rest der Zeitung, ohne diesen auch nur eines einzigen Blickes gewürdigt zu haben, in eine der (gutsichtbaren) Papierkörbe. Merke: Die Welt war (Imperfekt) früher einmal eine gute Zeitung (wann das allerdings war, kann freilich niemand so recht mehr sagen) — heute ist sie das jedoch schon längst nicht mehr!

§ 3 Mindestens einmal in der Woche sollten Sie sich mit der FAZ sehen lassen (... dahinter steckt ja doch immer ein kluger Kopf!!) Der Gefahr, als „rechtskonservativ" verschrien zu werden, entgehen Sie am besten dadurch, daß Sie beim Lesen (die FAZ sollte man ab und zu wirklich auch mal lesen . . .) ganz unauffällig in der linken Hand mit einer (notfalls antiquarisch zu erwerbenden) Ostermarsch-Plakette spielen.

§ 4 Beteiligen auch Sie sich an der allmontäglichen Spiegel-Hatz. Versuchen Sie soweit irgendmöglich, als erster den neuen Spiegel unter dem Arm (wechselweise mal links, mal rechts) spazieren zu tragen. Normalerweise ist das Lesen überflüssig. Hauptsache ist: der (neueste) Titel muß auf etwa 100 m noch gut erkennbar sein!

§ 5 Für die Zeit (Tip für die Zeit-Jagd: meistens schon mittwochs erwerbbar) gilt dieses:

Die Zeit wird erst in geschlossenen Räumen zur (vollen dann aber!) Entfaltung gebracht. Anbieten würden sich da etwa: Erfrischungsräume, die Mensa, Hörsäle (kurz vor bzw. nach Vorlesungen), Seminare etc.

Aber: Obacht! Die Zeit ist eben doch problematischer als andere Blätter (q. v. d.). Denn: Wenn Sie die Zeit wirklich lesen wollen, so müssen Sie innerlich gefaßt, gesammelt, konzentriert sein.

Vor allem aber: Sie müssen das nach außen auch erkenntlich machen. Man muß Ihnen ansehen, daß Sie innerlich einen wohlgespitzten Bleistift bereit halten. Bereit, um Passagen, in denen ein Schreiberling (endlich!) einmal das erkannte, was Sie längst schon sagten, anzukreuzen, zu unterstreichen, gar zu exzerpieren.

§ 6 Zufälligen Bekanntschaften empfehlen Sie am besten die Süddeutsche (auch wenn Sie sie noch niemals selbst lasen). Die ist und bleibt ein Renommier-Stück. (Lassen Sie sich das gesagt sein!)

§ 7 Die Iswestija (zur Not auch die Prawda) sollten Sie wenigstens des öfteren zücken. Absoluten Presse-Snobs (deren es ja doch einige gibt — machen wir uns da doch nichts vor!) bietet sich ein 3-Jahres-Abonnement an.

So, verehrter Leser, nun dürften auch Sie gewappnet sein, den studentischen Allfronten-Krieg um die Presse aufzunehmen. Notfalls schneiden Sie sich die für Sie schwerwiegendsten Paragraphen aus, auf daß der Kampf ein totaler werde.

Karsten Rendstör

Liebes auditorium!

Dummer Balthasar

[redacted] Entschuldigung für diesen Schwund von Geist? Wohl möglich. Jedoch: Die schriftliche Fixierung und Publizierung von hitzebedingter Blödelei, die trotz krampfhafter Bemühung um leichtfüßigen frivolen Witz [redacted] der trotz Hitze noch gewisse Ansprüche an das Niveau einer Studentenzeitung — die er schließlich mitfinanziert — stellt, eine Zumutung.

Zu wessen Gunsten hat sich eigentlich der Verfasser bei der Verteilung [redacted] Geist und Ausdrucksvermögen bescheiden im Hintergrund gehalten? So möchte [redacted] des Verfassers kritische Anmerkung zur Figur seiner Komilitonin verlieren, und [redacted] dem sollte doch irgendwie intelligent sein und Balthasar empfehlen, seiner Berufung zum „Choreographen" im Damenballett" schleunigst Folge zu leisten. Vermutlich eignet er sich auch zum Verkäufer in einem Miederwarengeschäft, die subtilen Äußerungen zu Damenoberweiten [redacted] eine beachtliche Befähigung zu dieser Branche schließen. Auch die letzte Seite [redacted] der Studentenzeitung sollte nicht [redacted] Stil- und Ausdrucksformen herhalten. Wen interessiert schon, wo Balthasar „mal ein [redacted] Handstand draufdrücken" möchte und [redacted] Gedanken an die Fortpflanzung „bienenfleißiger Intellektuellinnen" bereit? Und wie beruhigend zu erfahren, daß der Verfasser „erst mal Kaffeetrinken" geht.

Erfreut stellt der Bildzeitungsleser, dem zufällig eine Studentenzeitung in die Hand gerät, fest: Na, bitte, Studenten sind gar nicht so. So intelligent nämlich.

Erika Ostrembo

Indizierung

Sehr geehrter Herr Rendle,

ich danke Ihnen für die Übersendung der Belegexemplare des „auditoriums". Ich freue mich, daß Sie mich zitiert haben, vor allem freue ich mich aber, daß Sie mich richtig verstanden haben.

Mit freundlichen Grüßen
Willy Haas

Ausländergesetz

Da die Ausführungen des Verfassers geeignet sind, unrichtige Vorstellungen bei der Leserschaft zu erwecken, können sie nicht unwidersprochen bleiben.

Die Polemik des Verfassers gegen das Ausländergesetz beruht auf einer falschen Beurteilung des Problems. Dies zeigt sich im Ansatzpunkt, wenn versucht wird, aus der Fassung des Ausländergesetzes Rückschlüsse auf die Demokratie zu ziehen. Demokratie und ihre Verwirklichung sind ein Problem des Staatsrechts, die Behandlung von Ausländern dagegen ist ein Problem des Völkerrechts. In beiden Rechtsgebieten herrschen verschiedene Grundsätze. Wenn daher der Verfasser Kritik am Ausländergesetz üben wollte, so hätte er dieses Gesetz methodisch richtig am Völkerrecht und nicht an innerstaatlichen Rechtsgrundsätzen messen müssen. Diesen richtigen Weg freilich verbot die Absicht des Verfassers, hätte er ihn nämlich beschritten, wäre er nicht in der Lage gewesen, die demokratische Gesinnung in Deutschland kritisieren zu können. Er wäre vielmehr über folgende völkerrechtliche Grundsätze der Ausländerbehandlung be[redacted]

a) Ein Staat kann Fremde nach Belieben von seinem Gebiet fernhalten.

b) Ist eine Zulassung von Fremden erfolgt, so erhalten sie einen ganz bestimmten völkerrechtlichen Status.

c) Die These, ein Staat erfülle seine völkerrechtlichen Pflichten gegenüber einem Fremden, wenn er ihm die gleiche Behandlung wie seinen eigenen Staatsangehörigen gewähre, ist völkerrechtlich nicht haltbar.

d) Der Aufenthaltsstaat ist nicht verpflichtet, Ausländern die freie berufliche oder gewerbliche Betätigung zu gestatten.

Keinesfalls ist der Aufenthaltsstaat verpflichtet, Fremden spezifisch politische Rechte zu gewähren. Er kann ihnen die politische Betätigung auf seinem Gebiet ganz untersagen, er ist also nicht verpflichtet, ihnen das Recht der freien Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Vereinsrecht und ähnliche Rechte zu gewähren.

f) Der Aufenthaltsstaat ist verpflichtet, den Fremden solche politische Betätigung zu untersagen, die sich als subversive Propaganda gegen ihren Heimatstaat darstellt.

Unter dem Gesichtspunkt, daß das Ausländerrecht immer nur am Völkerrecht zu messen ist, ergibt sich auch hinsichtlich der vom Verfasser angesprochenen öffentlichen Dienstleistungspflicht des § 17 Abs. 2 Nr. 5 des Gesetzes eine ganz andere Bedeutung als die, die vom Verfasser dieser Bestimmung unterschoben wird. Die Bestimmung ist unter folgendem Völkerrechtsgrundsatz zu sehen: Kein Staat kann von den auf seinem Gebiet befindlichen Ausländern die Erfüllung der seinen eigenen Staatsangehörigen obliegenden Wehrpflicht verlangen, ebensowenig andere Kriegsleistungen, wie nationalen Hilfsdienst, Kriegsarbeitspflicht und Ähnliches. Wohl aber kann bei öffentlichen Notfällen, auch solchen, die durch Kriegseinwirkung hervorgerufen sind, eine Heranziehung der ansässigen Ausländer zu Hilfeleistungen erfolgen, etwa zu Aufräumungs-, Luftschutz- und Feuerwehrdiensten. Öffentliche Dienstleistungspflicht im Sinne des Gesetzes kann daher nur die letztgenannten Pflichten meinen.

Wenn man nun die Regelung des Ausländergesetzes unter Vermeidung einer unsachlichen Polemik an den aufgezeigten Prinzipien des Völkerrechts mißt, so kann dieses Gesetz sich durchaus sehen lassen, und es ist erfreulich, daß eine solche dem Völkerrecht voll gerecht werdende Kodifikation erfolgt ist.

Erwin-Rainer Schad

Anmerkung

[redacted]

Für einen demokratischen Staat wie die Bundesrepublik Deutschland sollte es dabei Ehrensache sein, [illegible] Ausländern [illegible] [redacted]

Grundrechte [illegible] nur den Bürgern des eigenen Staates zu, anderen könnten bloß [illegible] Rechte [illegible] gewährt werden. Eine Haltung, die im Ergebnis darauf [illegible], daß man nur jemanden zum „Anderen" zu erklären braucht, um ihn [illegible] [redacted]

Das Ausländergesetz bringt zwar geringfügige Verbesserungen gegenüber der [illegible] Ausländer[illegible], ein Beweis unserer demokratischen Einstellung ist es aber keinesfalls. [illegible] [redacted] Asylrecht [illegible] nicht [illegible] [illegible] und auch [illegible] [redacted]

Gemessen an den Prinzipien des Völkerrechts kann [redacted] nimmt es sich bisher kläglich aus.

[illegible]

Interview mit dem AStA-Vorsitzenden

auditorium: Herr Albers, in Ihre Amtsperiode fällt die Beratung des neuen Hamburger Hochschulgesetzes. Zu den Beratungen über den studentischen Teil sind selbstverständlich die Studenten hinzugezogen. Ich würde von Ihnen gerne wissen, welche Haltung Sie im Namen der Hamburger Studentenschaft zu diesem Problem einnehmen und welche Forderungen bzw. Wünsche Sie dort zu verwirklichen gedenken.

Albers: Nun, so selbstverständlich ist die Beteiligung der Studentenschaft an den Gesetzesberatungen nicht. Wir sind sehr froh, daß wir im Gegensatz zu Bayern in Hamburg von vornherein an den Beratungen zum Studentenschaftsrecht innerhalb des neuen Hochschulgesetzes gleichberechtigt mit der Universität herangezogen wurden. Wenn man die wichtigsten Anliegen der Studentenschaft in ganz kurzen Worten aufzählen wollte, wäre da zunächst unsere schon lange erhobene Forderung nach Rechtsfähigkeit zu nennen, wobei gegenwärtig dem Vorschlage der sogenannten Teilrechtsfähigkeit, wie sie Professor Reinhard konzipiert hat, die sogenannte Vollrechtsfähigkeit des neuen Hessischen Hochschulgesetzes gegenübersteht. Wir vom AStA betonen dabei, daß wir uns bei keinem der beiden Vorschläge in ideologische Argumente hineindrängen lassen, sondern daß es uns in erster Linie darum geht, die Handlungsfähigkeit der Studentenschaft auf dem Gebiet des Privatrechts zu erreichen und sie in juristisch sauberer und befriedigender Weise zu lösen.

Eine weitere wichtige Forderung ist die Beteiligung der Studentenschaft an den akademischen Gremien; hier schwebt uns vor, daß man, analog dem neuen Hessischen Hochschulgesetz, sowohl im akademischen Senat wie in den Fakultäten jeweils zwei Studenten mit Sitz und Stimme zu Mitgliedern macht. Diese Studenten sollten nicht nur in den sogenannten und etwas berüchtigten studentischen Angelegenheiten gehört werden, sondern in allen Fragen, die nicht Personalfragen des Lehrkörpers sind. Auf diese Weise könnte man die schwierigen Abgrenzungsfragen, was nun vom Rektor oder vom jeweiligen Dekan als studentische Angelegenheit betrachtet wird, ausräumen. Die dritte Forderung möchte ich mit dem Stichwort Beitragshoheit der Studentenschaft umreißen. Die gegenwärtigen Vorschläge der Hochschulabteilung gehen zu unserem Bedauern dahin, nur die studentischen Beiträge für die SSV der Studentenschaft zu überantworten, während die sogenannten Sozialbeiträge durch den akademischen Senat festgesetzt werden sollen. Unser Ziel ist, ohne Unterschied die studentischen Beiträge sowohl für die SSV wie für die DSKV und das Studentenwerk den verfassungsmäßigen Organen der Studentenschaft zu unterstellen. Erwähnt seien noch zwei weitere Forderungen der Studenten. In den gegenwärtigen Entwürfen noch nicht enthalten ist das sogenannte politische Mandat der Studentenschaft, das wir in engem Zusammenhang mit der politischen Bildung sehen; uns schwebt hier vor, daß die Studentenschaft das Recht haben muß, zu Grundfragen der politischen Ordnung Stellung zu nehmen. Wenigstens erwähnen möchte ich, daß wir etwas unglücklich darüber sind, daß auch im neuen Hochschulgesetz das studentische Disziplinarrecht fast unverändert erhalten bleiben soll. Hierbei erscheint es uns durchaus zweifelhaft, ob heute noch die Grundlagen dafür gegeben sind, von einem besonderen akademischen Ehrenkodex zu sprechen, der es erlaubt, den Studenten zusätzlich zu den allgemeinen gerichtlichen Verfahren noch einem besonderen studentischen Disziplinarverfahren zu unterwerfen.

auditorium: Herr Albers, das politische Mandat der Studentenschaft ist ja eine recht umstrittene Angelegenheit. Glauben Sie, daß das Recht der Studentenschaft, zu politischen Ereignissen der Gegenwart Stellung zu nehmen, in einem Hochschulgesetz erst verankert sein müßte, oder aber glauben Sie nicht, daß Sie dadurch, daß Sie als AStA-Vorsitzender Exekutive der organisierten Studentenschaft sind, das Recht haben, auch heute und jetzt schon, sich zu politischen Tagesereignissen namens des AStA, und damit der Studentenschaft, zu äußern?

Albers: Wohlgemerkt, mir schwebt ein politisches Mandat der Studentenschaft zu Grundfragen der politischen Ordnung vor, nicht aber zu politischen Tagesfragen. Wenn Sie mich zu Beginn fragten, ob ein solches Mandat im Hochschulgesetz enthalten sein müsse, so würde ich das durchaus bejahen. Wenn man schon ein neues Gesetz gibt, dann sollte dort auch der Aufgabenbereich der Studentenschaft einigermaßen vollständig enthalten sein. Die Frage der Abgrenzung zwischen politischen Grundsatzfragen und den aktuellen politischen Tagesentscheidungen ist zweifellos sehr schwierig und gar nicht generell zu geben. Sie muß von Fall zu Fall entschieden werden. Zum Beispiel möchte ich daran erinnern, daß ich selbst im vergangenen Semester einen Antrag im Studentenparlament eingebracht habe, der auch gebilligt wurde, in dem das Parlament den sich damals anbahnenden Briefwechsel zwischen dem deutschen und dem polnischen Episkopat begrüßte, als Ansatz zu einer Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Dies wäre durchaus eine politische Grundfrage, zu der eben die Studentenschaft ein wichtiges Wort mitsprechen sollte. Wenn Sie dem gegenüber eine politische Tagesfrage wollen, dann nehmen Sie meinetwegen die Frage einer großen oder kleinen Koalition in Bonn.

auditorium: Herr Albers, Sie sprachen davon, daß das politische Mandat die politische Bildungsarbeit der Studenten auch oder vielleicht sogar primär umfassen sollte. Würden Sie Ostkontakte des AStA Hamburg, die in vergangenen Jahren bereits gepflegt wurden, auch darunter rechnen?

Albers: Zunächst freue ich mich, daß Sie in Ihrer Frage politisches Mandat und politische Bildung so dicht nebeneinander gestellt haben. Hier scheint mir ein Zusammenhang zu bestehen, der in der Studentenschaft bisher zu wenig gesehen wurde. Ich glaube, das politische Mandat ergibt sich erst als konsequente Fortsetzung der politischen Bildungsarbeit der Studentenschaft. Erst, wenn es uns gelingt, durch politische Veranstaltungen, Seminare und, wie Sie dann anschließend erwähnten, sicherlich auch durch Kontakte zu ausländischen und besonders osteuropäischen Studenten in der Gesamtstudentschaft eine gemeinsame Willensbildung zu erreichen, erst dann, glaube ich, läßt sich das politische Mandat der Studentenschaft auch in der Öffentlichkeit wirkungsvoll vert[illegible]. Also: kein politisches Mandat ohne p[illegible]sche Bildung!

auditorium: Herr Albers, das neue bayrische Hochschulgesetz sieht die Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation vor. In Berlin, Göttingen und Erlangen wurden bereits die ersten Studenten, die ihre Semesterzahl erheblich überschritten hatten, zwangsexmatrikuliert. Falls man in Hamburg zu ähnlichen Maßnahmen greifen würde, welche Schritte würde in einem solchen Fall der AStA unternehmen, um die Studenten zu schützen?

Albers: Zunächst bin ich sehr froh, daß wir in Hamburg vor keinen aktuellen Unternehmungen der Immatrikulationsbefristung stehen, nachdem die Fakultäten wie der Akademische Senat zunächst die Einführung der Immatrikulationsbefristung ausgesetzt haben. Zweierlei möchte ich zum Gesamtbereich der Immatrikulationsbefristung hervorheben: einmal, wie es auch in den Erklärungen des VDS immer wieder ge[illegible] wird: die Immatrikulationsbefristung kann allenfalls ein Ergebnis, ein Schlußpunkt nach einer intensiven Studienreform sein, in der insbesondere auch die Examensvoraussetzungen und die Prüfungsordnungen erleichtert und einer starken Revision unterzogen werden müssen. Der andere Punkt ist, daß wir in der Diskussion viel mehr die Frage der durchschnittlichen Studienlänge betonen und hervorheben sollten gegenüber dem Ansatz der WRK, die ja bekanntermaßen von den gesetzlich festgelegten Mindeststudienzeiten ausgeht, die in vielen Fällen reichlich willkürlich zustandegekommen sind. Hier meinen wir also, der Vorschlag der WRK wäre dann sehr viel weniger verhängnisvoll, wenn er von den Durchschnittsstudienzeiten ausginge. Wenn man dann zwei Semester plus Durchschnittsstudienzeit nimmt, dann könnte ich mir denken, daß man zu einer durchaus sinnvollen Studienzeit gelangt, nach der dann allenfalls auch eine gewisse Kontrolle der länger Studierenden denkbar erscheint.

auditorium: Vielen Dank, Herr Albers.

Balthasar auf rechtem Niveau

Liebe Parteifreunde!

An uns liegt es, das deutsche Volk von seiner Bürde zu befreien. Die Bürde nämlich, die ihm mit einer grandiosen Lüge aufgehalst wurde. Die Verächtlichmacher des deutschen Vaterlandes wollen „das deutsche Volk — entgegen den heute vorliegenden wissenschaftlichen Gegenbeweisen — mit den Thesen von ‚Deutschlands Schuld' politisch unmündig und wehrlos halten".

Jawohl, „die Kernfrage der deutschen Politik ist die Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg". Aber es ist doch klar, daß „die Zweckbehauptung von Deutschlands ‚Schuld' am Zweiten Weltkrieg widerlegt ist".

Oder ist es etwa wahr, daß Deutschland einen Krieg angefangen hat?

Nein! Eine Infamie ist das, die nur aus der Angst vor unserer wirtschaftlichen Potenz entsprungen ist! Einen Krieg haben wir weder gewollt, noch angefangen. Wir haben ihn nicht einmal geführt. Das waren die anderen. Wir sind von gestern, und gestern fäßt uns anfangen. Wie sah es denn aus, Parteifreunde? Wir waren dabei, ein nationales, demokratisches und sauberes Deutschland aufzubauen. So nach der Melodie „Deutschland den Deutschen — Europa den Europäern". Eine Reihe von Volksgenossen, die wir heute wieder in der NPD begrüßen, forderten schon damals, wozu wir auch heute noch nichts zugelernt haben: „Anständige und saubere Vorbilder!" Was aber ist Sauberkeit? Das bedeutet doch sauber innen und außen. Und da war's '33 besser. Für innere Sauberkeit sorgten die im Schrubben erfahrenen Herren der SA, die es seinerzeit den Nestbeschmutzern schon besorgten. Auch für äußere Sauberkeit war gesorgt. Den einen wurden die Köpfe gewaschen, die anderen trockneten sich die Hände ab. Kurz, Freunde, das Leben war gewaschen. Aber von allen Ecken der Welt strömten die Bakterien heran. Das erwachende Deutschland drohte in einer Welle der Unhygiene zu versinken. Doch diese Regierung rettete das deutsche Volk. 1939 wurde zum Gegenschlag ausgeholt. Aus großen Hafenstädten kamen Kanalratten — Rotterdam wurde folgerichtig bombardiert, was diesen Tierchen bestimmt die Lust am Benagen weiterer Güter der deutschen Nation nahm. Aus den Steppen Rußlands drohte eine Wühlmaus-Invasion, gerade auf dem Höhepunkt der sommerlichen Erzeugungsschlacht 1941. Es war doch nur konsequent, dieser grauen Pest mit dem Einsatz harter Panzerketten zu begegnen — jawohl mit Königstigern!! sind wir gegen Mäuse!!! ausgerückt und nichts anderes — Wir haben nicht geruht, bis die letzte Maus zerdrückt oder in die Wolga gescheucht wurde. Um ganz sicher zu gehen, daß sich nicht noch ein paar in menschliche Siedlungen verzogen hatten, wurde eine Stadt — hieß sie nicht Stalingrad — gleich als Zugabe dem Boden gleichgemacht. Was wir machen, machen wir gründlich! Deutsch sein, heißt eine Sache aus ihren dennoch tun! Und so weiter. In Frankreich beseitigten wir die Reblause, in Polen die Wölfe, auf dem Balkan die Erdflöhe und Skorpione, in Afrika die Giftschlangen. Daß von Oradour und Lidiče auch nicht eine Ameise übrigblieb, dafür gebe ich mein Parteiwort! Uns hätten sie machen lassen sollen, eine schöne Welt wäre das geworden.

Aber statt dessen: Gestoppt hat man uns, gerade als wir die Welt zum großen Samstagabend-Bad führen wollten. Mit fadenscheinigen Argumenten. Menschen hätten wir umgebracht? Ja, Herrgottnochmal! Wo gehobelt wird, da fallen eben Späne, und beim Waschen gurgelt eben einiges durch den Ausguß. Wer sich vor der Hygiene sträubt, der muß geschrubbt werden. So ging es uns als Kinder, und so wollten wir mit der Welt verfahren. Unsere Absichten, schneeweiß und wolkenweich, werden uns heute als Verbrechen ausgelegt. Man höre sich das an.

Wir wollen das ganze nochmal. „Deutschland braucht um seiner Zukunft willen ein wahres Geschichtsbild. Wir wehren uns gegen die Verherrlichung des Landesverrats und die Behauptung, Deutschland sei an allem Unglück der Welt allein schuld." Parteifreunde, unsere Losung heißt: Nach rückwärts vorwärts! „Die tapfere Haltung deutscher Soldaten aller Zeiten muß Vorbild der Bundeswehr sein."

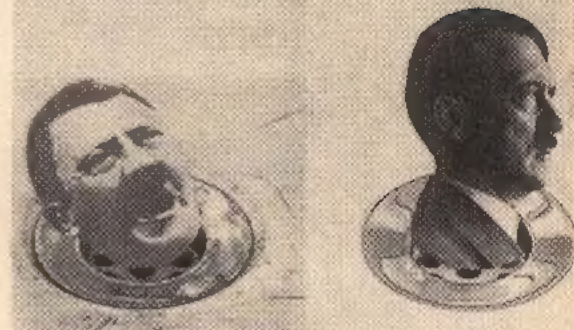
„Denkt an die Zukunft Eurer Kinder — wählt NPD". Ja, Leute, denkt wirklich dran... Die NPD wäscht in ihrem geschichtsneurotischem Sauberkeitsbedürfnis die deutsche Geschichte so weiß, weißer gehts nicht. Und keine Gegenwart kann so schwarz sein, daß die NPD nicht noch braun reinzwingt.

Als Gauredner in spe empfiehlt sich

Balthasar

Vor dem Abwasch ... ... nach





Ränder, Kratzer, Flecke?
Schmutz, den Sie täglich wegmachen müssen?
Kein Problem!
NPD drauf — sanft darüberwischen — fertig!
Schon strahlt Er wieder weiß wie neu!
So schnell, so leicht geht das mit NPD.

r. s.

Die mit Anführungsstrichen gekennzeichneten Stellen wurden aus dem „Manifest der NPD" und einem von der NPD hergestellten Prospekt für das Buch „Wahrheit für Deutschland" des NPD-Bundestagskandidaten für Herford Stadt und Land, Udo Walendy, entnommen.

auditorium stellt vor:

Die wahre Miß Universitas

In Seminaren, Bibliotheken und Instituten ging es um wie ein Lauffeuer; rein wissenschaftlich engagierte Studenten haben es inzwischen in BILD gelesen; am Mittagstisch der Professoren ist es noch immer Gesprächsthema Nummer eins:

Die Wahl der Hamburger Miß Universitas! AUDITORIUM war dabei. Trotzdem kam es zu Miß(—)tönen: Eine Zahnmedizinerin, die den Phon-haltigsten Applaus bekommen hatte, durfte ihren Triumph nur zehn Minuten auskosten, dann wurde sie entmißt. Zahnmedizin sei kein Studienfach, hieß es. Statt dessen drückte man der Zweiten, einer Pädagogin, die Krone auf die Frisur.

Der Abend hatte ein Nachspiel: Hanseatische Zahnärzte protestierten hier und dort und auch in BILD. Unterrichtete Kreise befürchten, daß sie zu einer Privatfehde gegen die Pädagogen rüsten. Zahnarzt Dr. Taubitz zu unserem Mitarbeiter: „Dem nächsten Lehrer, der in meiner Praxis auftaucht, werde ich alle Zähne ziehen, nur den schlechtesten lasse ich ihm stehen fürs Zahnweh!"

AUDITORIUM will in diesem Streit vermitteln. Wir dachten uns, wenn sich zwei streiten, so muß man ihnen den Grund nehmen. Außerdem fragten wir uns, ob wirklich alle hübschen Studentinnen an der Wahl teilgenommen hatten. War nicht diese oder jene übersehen worden?

Tagelang schlichen unsere Redakteure und Mitarbeiter durch Hörsäle und Institute, warfen forschende Blicke hinter Bücher und Zeitungen, standen scheinbar uninteressiert vor den Damentoiletten, musterten, prüften, wählten aus.

Und dann plötzlich hatte einer SIE entdeckt: Im hintersten Winkel des Literaturwissenschaftlichen Seminars saß SIE, eingerahmt von hohen Bücherstößen, vertieft in eine Poetik des 17. Jahrhunderts. Wir waren uns sofort einig: SIE ist die wahre Miß Universitas, ihr gebührt vor allen anderen dieser Titel!

Noch am selben Abend fand in unseren Redaktionsräumen eine stille Feierstunde statt. Bei Sekt und Beethovens Neunter erreichte die Zeremonie ihren Höhepunkt. Man sah Professoren weinen.

Anschließend gab SIE einem unserer Mitarbeiter folgendes Interview:

AUDI-Redakteur: Verehrte Miß Andress und Universitas, ich kann es noch immer kaum fassen, Sie studieren wirklich in Hamburg?

Miß Andress: Ja freilich — im ersten Semester Germanistik und Anglistik.

Red.: Welche Gründe haben Sie bewogen, Ihre Karriere aufzugeben und Wissenschaftlerin zu werden?

Miß A.: Eigentlich war es schon immer mein Wunsch, als Kind schon . . . Wir hatten so einen starken, hübschen Lehrer und das hat mich sehr interessiert . . . Er sieht Ihnen übrigens sehr ähnlich . . .

Red.: Nun ja . . .

Miß A.: Nun ja . . . Ich habe natürlich auch praktische Gründe. Wie Sie wissen, bin ich Schweizerin und schon als Kind hat man mich immer wegen des Dialekts gehänselt . . .

Red.: (Also ich finde Schwizerdütsch apart.)

Miß A.: (Ach Sie . . .)

Red.: Und wie gefällt es Ihnen hier an der Universität, wie fühlen Sie sich als Studentin?

Miß A.: Mir gefällt es wunderbar, die Professoren sind lieb, und dann ist da noch so ein starker, hübscher Assistent . . .

Red.: Sie wollen also länger hier bleiben?

Miß A.: Aber natürlich, ich habe auch schon eine Prüfung gemacht . . . Bestanden hab ich sie! Soll ich Ihnen mal zeigen wie?

Red.: Aber gerne . . . Ach so . . . Oh . . .

Red.: (zwei Stunden später): Ich danke Ihnen für das Gespräch!

In den Büschen vor der Mensa stellte SIE sich (zu) unserem Fotografen





Montag, 4. Juli 1966, vor dem US-Generalkonsulat in Hamburg (Weitere Fotos auf Seite 15)

Lieber „auch"-Leser!

Die Vorfälle sind weitgehend bekannt, bei Erscheinen dieses Heftes vielleicht schon wieder vergessen. So etwas ist schließlich normal, kein Grund zur Beunruhigung also. Was war denn geschehen? Einige tausend junge Demonstranten, Studenten zumeist, hatten gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam protestiert. Zwischenfälle gab es nicht, denn die Aktion war genehmigt — für ruhige Nebenstraßen eines Wohnviertels —, und so ein paar „Ostermarschierer" kann unsere Obrigkeit demokratisch lächelnd verdauen. Ihr wahres Gesicht zeigt sie erst, wenn Botmäßigkeit und Wohlverhalten des Untertanen ein Ende gefunden haben, denn Ordnung muß sein; und ganz gewiß nicht ordentlich war das Verhalten eines Teils der Demonstranten nach Beendigung und ordnungsgemäßer Auflösung der Abschlußkundgebung.

Ungefähr tausend Demonstranten hatten den eigentlichen Sinn des Unternehmens weniger darin gesehen, harmlose Bürger zu erschrecken, als vielmehr den Amerikanern selbst ihren Unmut über die skrupellose Kriegspolitik in Vietnam zu demonstrieren. Trotz polizeilichen Verbots begaben sie sich spontan und schnurstracks zum Generalkonsulat des mächtigen Verbündeten, der gerade bei erheblichen Mengen Alkohol den Tag der eigenen Unabhängigkeit feierte. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite ließen sich die Demonstranten zu einem Sitzstreik nieder und forderten in Sprechchören Freiheit und Selbstbestimmung für das vietnamesische Volk. Die Unabhängigkeit feiernden Amerikaner warfen Flaschen, einer schrie „Heil Hitler". Einige Demonstranten überquerten die Straße.

Ohne vorherige Warnung wurde der Wasserwerfer eingesetzt. Dann kam markig der Befehl: „Schlagstöcke frei!" Sitzende und fliehende Demonstranten wurden brutal verprügelt. Gegenwehr leistete niemand, und wer nicht schnell genug floh, bekam sein Teil an Hieben auf Hinterkopf und Rücken. Wer bereits zu Boden geschlagen war, wurde weiter geprügelt — ob Mann oder Frau. Hier bedient Sie Wachtmeister ...! Ja, das eben war nicht herauszubekommen. Wer fragte, wurde höhnisch ausgelacht oder auch verprügelt — je nach Mentalität des Beamten. „Was geht denn Sie das an?" „Hauen Sie ab!" Ich selbst versuchte einen besonders eifrigen „Ordnungshüter", der gerade eine ältere Frau zu Boden geworfen hatte, zu photographieren. Bevor ich den Auslöser drücken konnte, hatte ich mich in ein Wurfgeschoß verwandelt.

Andere Photographen waren geschickter. (Siehe oben!) Aber wer regt sich schon darüber auf? Da liegt ein Mensch auf der Erde und wird immer noch geschlagen — gewehrt hat er sich nicht. Anonyme Büttel reagieren ihre Aggressionen ab. Keiner wird sie belangen können, denn wer kann sie später identifizieren? Wie soll man Namen oder Dienstnummer des Betreffenden jemals erfahren? Freiwillig gibt er sie niemals preis, auch wenn er eigentlich dazu verpflichtet ist.

Ich erinnere mich, daß noch vor wenigen Jahren jeder Polizist seine Dienstnummer am Uniform-Revers trug. Die Alliierten hatten das wohl eingeführt — aus Gründen. Aber man wird wohl auch seine Gründe dafür gehabt haben, es wieder abzuschaffen. Übrigens, Innensenator Ruhnau bedauerte die Zwischenfälle: „Krach ersetzt keine Argumente." Er meinte die Demonstranten. Ich meine, wenn Gummiknüppel die Argumente der Obrigkeit ersetzen, dann ist diese auch danach. Wie gehabt!

Herzlichst

Ihr Holger Oehrens